Plenarprotokoll 5/75
11.09.2009

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

75. Sitzung (Dringlichkeitssitzung) **5. Wahlperiode**

Freitag 11. September 2009, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel
und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 2

Erweiterung der Tagesordnung 2

Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010/2011
(Erste Lesung)
– Drucksache 5/2699 – 2

Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011
(Erste Lesung)
– Drucksache 5/2700 – 2

Unterrichtung durch die Landesregierung:
Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung
– Drucksache 5/2698 – 2

Ministerpräsident Erwin Sellering 2

Ministerin Heike Polzin 5

Helmut Holter, DIE LINKE 9

Harry Glawe, CDU 15

Michael Roolf, FDP 18

Rudolf Borchert, SPD 20

Udo Pastörs, NPD 24

Marc Reinhardt, CDU 27

Birgit Schwebs, DIE LINKE 30

Egbert Liskow, CDU 32

Sigrun Reese, FDP 33

B e s c h l u s s 36

Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT 36

Udo Pastörs, NPD
(zur Geschäftsordnung) 36

Raimund Frank Borrmann, NPD
(zur Geschäftsordnung) 36

Heinz Müller, SPD
(zur Geschäftsordnung) 37

B e s c h l u s s 38

Gabriele Měšťan, DIE LINKE
(zur Geschäftsordnung) 38

Wolf-Dieter Ringguth, CDU
(zur Geschäftsordnung) 38

B e s c h l u s s 40

Nächste Sitzung
Mittwoch, 23. September 2009 40

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 75. Sitzung des Landtages. Die Landesregierung hat gemäß Paragraf 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich darf darauf hinweisen – da es sich um eine Dringlichkeitssitzung handelt –, dass heute gleichzeitig eine lang geplante bundesweite Fachtagung hier im Hause stattfindet und aus diesem Grunde schon einige Beeinträchtigungen zu verzeichnen waren und wahrscheinlich auch noch im organisatorischen Ablauf zu verzeichnen sind. Deswegen darf ich um Nachsicht bitten, insbesondere was die Nutzung der Fahrstühle angeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vorläufige Tagesordnung der 75. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 75. Sitzung als festgestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist der 11. September. An einem solchen Tag kann man keine Plenarsitzung eröffnen, ohne an die schrecklichen Terroranschläge heute vor acht Jahren in New York zu erinnern,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

an die 3.000 Opfer, die ihr Leben lassen mussten, und an das Leid, was dadurch ausgelöst wurde. Ich glaube, jeder hat noch die Situation vor Augen, in der ihn diese Schreckensnachricht erreichte.

Dieses Ereignis hat die Welt verändert. Es wurde weltweit versucht, neue Antworten auf die Herausforderungen des Terrors zu finden, die uns alle betreffen. Dieses Ereignis soll uns auch künftig mahnen, wachsam zu sein und aktiv gegen Terror, Extremismus und Gewalt einzutreten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ein solches Ereignis darf nicht vergessen werden, es muss in Erinnerung der freien Welt bleiben.

(Michael Andrejewski, NPD:
Die Verbrechen der Amerikaner auch.)

Herr Abgeordneter Andrejewski, ich finde es sehr unpassend, dass Sie in einem solchen Moment,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist
sehr passend und notwendig.)

und sehr unpassend, dass auch Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, sich in einer solchen Situation hier in derartiger Art und Weise äußern. Ich finde das der Würde des Hauses unangemessen.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind
Tatsachen, Frau Präsidentin.)

Ich erteile Ihnen beiden einen Ordnungsruf.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind
manchmal sehr einseitig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren …

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben die Amtsführung des Präsidiums hier vorne nicht zu kommentieren und zu kritisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 5/2780 zum Thema „Parteipolitische Neutralität der Landesregierung im Bundestagswahlkampf“ vorgelegt. Über die beantragte Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage lasse ich nach Ende des bislang einzigen Tagesordnungspunktes abstimmen.

Die Fraktionen DIE LINKE und FDP haben einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 5/2799 zum Thema „FAG grundlegend überarbeiten“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Prüfung der Vorlage sowie nach angemessener Zeit zu einer Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach Ende des bislang einzigen Tagesordnungspunktes aufrufen, das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen.

Ich rufe auf den **einzigen Tagesordnungspunkt**: a) Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010/2011, auf Drucksache 5/2699, in Verbindung mit b) Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011, auf Drucksache 5/2700, in Verbindung mit c) Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 5/2698.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010/2011**
(Erste Lesung)
– Drucksache 5/2699 –

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 und die Festlegung der Verbundquoten des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2010 und 2011**
(Erste Lesung)
– Drucksache 5/2700 –

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung
– Drucksache 5/2698 –**

Das Wort hat zunächst der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten den Doppelhaushalt 2010/2011. Das ist kein Schönwetterhaushalt, das ist ein Haushalt in stürmischen Zeiten. Und in stürmischen Zeiten ist es besonders wichtig, Kurs zu halten. Das tun wir mit diesem Haushaltsentwurf. Wir halten an unserer soliden Finanzpolitik fest. Wir legen einen Haushaltsentwurf vor, der keine neuen Schulden vorsieht. Das ist etwas Besonderes in Deutschland, das

gibt es nur in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich möchte mich sehr herzlich bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, allen voran bei der Finanzministerin Heike Polzin.

Meine Damen und Herren, bei stürmischem Wetter weiß man nie, wie es weitergeht, beruhigt es sich oder kommt es sogar noch schlimmer. Derzeit kann niemand verlässlich sagen, wie sich die Steuereinnahmen in Deutschland weiterentwickeln werden. Wir bleiben in dieser ungewissen Lage weiter auf klarem Kurs: keine neuen Schulden! Und daran halten wir fest.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir werden alles tun, damit wir dieses Ziel auch wirklich erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise müssen wir allerdings darauf verzichten, Schulden zu tilgen, wie wir das die letzten Jahre getan haben. Und wir müssen die Rücklagen auflösen, die wir für schwierige Zeiten gebildet haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Denn dies sind schwierige Zeiten. Das ist der Kurs, meine Damen und Herren, den die Verantwortung für dieses Land gebietet.

Nicht zu verantworten wäre es, die Krise zum Anlass zu nehmen, um für allerlei Ausgaben neue Schulden zu machen, wie das offenbar der LINKEN vorschwebt, zumindest Teilen von ihr.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich glaube,
da sind wir uns einig, Herr Sellering.)

Herr Holter, Sie haben zu Recht in einem Interview darauf hingewiesen, dass SPD und PDS in der gemeinsamen Regierung von 1998 bis 2006 eine erfolgreiche Haushaltspolitik betrieben haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das war auch gut so.)

Das war die Grundlage, die es in den letzten Jahren möglich gemacht hat, sogar Schulden abzubauen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war auch gut.)

Deshalb meine Frage: Warum wollen Sie, dass wir diese erfolgreiche Finanzpolitik jetzt aufgeben?

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Weil es um das ganze Land geht. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Warum erklären Sie jetzt für falsch, was Sie zu Ihren Regierungszeiten für richtig gehalten haben?

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE – Zurufe
von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Die von mir geführte Regierung wird die solide Finanzpolitik der letzten elf Jahre fortsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir werden diese solide Finanzpolitik nicht nur im Haushalt fortsetzen, sondern auch mit einem Personalkonzept und mit einer Verwaltungsreform, die darauf abzielen – beide –, dass wir bestmögliche bürgerfreundliche Verwaltungen bekommen für möglichst wenig Steuergelder. Das muss das Ziel sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Helmut Holter, DIE LINKE: Dann hätten Sie
gestern mal herkommen müssen zur Anhörung. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Wären Sie
mal gestern bei der Anhörung dabei
gewesen, wie solide das ist.)

Das ist die Verantwortung für die kommende Generation. Das ist der richtige Weg für unser Land, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich nicht nur auf die Haushalte aus,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sie hat negative Folgen direkt in der Wirtschaft, direkt auf dem Arbeitsmarkt, auch in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

wobei wir sagen können, zum Glück gibt es auch Zahlen, die Hoffnung machen. So sind die aktuellen Arbeitslosenzahlen, die wir jetzt haben, die niedrigsten Augustdaten seit Gründung unseres Landes. Es sind immer noch die besten Zahlen seit Gründung unseres Landes. Aber ich sage ganz klar: Vorsicht, wir sind mit der Krise noch lange nicht durch.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat in der Krise von Anfang an entschlossen gehandelt. Wir haben die Konjunkturpakete des Bundes unterstützt und setzen sie jetzt rasch und solide um.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die das unterstützen, vor allem bei den engagierten Kommunalpolitikern vor Ort.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Udo Pastörs, NPD: Die sehen das anders. Die
waren gestern hier, Herr Ministerpräsident. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dass einige Projekte erst in den nächsten beiden Jahren abgeschlossen werden, das ist übrigens völlig in Ordnung, denn solide Arbeit braucht Zeit. Und konjunkturelle Belebung brauchen wir nicht als kurzzeitigen heftigen Schub, sondern wir brauchen sie als länger dauernde kontinuierliche Unterstützung.

Meine Damen und Herren, die Investitionsquote im Doppelhaushalt ist hoch, sehr hoch: 18,6 in 2010 und 17,6 in 2011.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dank der
Konjunkturpakete. Dank der Konjunkturpakete. –
Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Dazu tragen die Konjunkturpakete, wie die Opposition selbst gemerkt hat, ihren Teil bei.

Meine Damen und Herren, aber selbstverständlich investieren wir auch unabhängig von diesen Konjunkturmaßnahmen, zusätzlich zu diesen konjunkturellen Hilfsmaßnahmen, weiter in wirtschaftliches Wachstum und in Arbeitsplätze.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Wir setzen dabei auf Branchen, in denen unser Land traditionell stark ist, und zwar auf den Tourismus, in dem sich in diesem Jahr, anders als in ganz Deutschland, ein neuer Rekord abzeichnet. Wir setzen auf die Land- und Ernähungswirtschaft, die sich in diesen Tagen sehr eindrucksvoll auf der MeLa präsentiert,

(Angelika Peters, SPD: Richtig.)

die gerade in der Ernährungswirtschaft noch erhebliche Potenziale hat.

(Udo Pastörs, NPD:
Besonders in der Milchwirtschaft.)

Wir setzen auf die maritime Wirtschaft,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja,
besonders die maritime Wirtschaft.)

aber nicht nur auf den Schiffbau, sondern auch auf Logistik und Hafenwirtschaft. Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist auf dem besten Weg, zur Drehscheibe im Ostseeraum zu werden.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Neben den traditionellen Stärken setzen wir zugleich auch auf die Zukunftsbranchen, in denen unser Land aufgrund seiner natürlichen Voraussetzungen besonders gute Chancen hat. Das sind die Bereiche, in denen wir eine positive Entwicklung erwarten und in denen wir mit unseren innovativen Vorschlägen und Ideen ganz vorne mit dabei sein wollen und auch können. Das sind Zukunftsbranchen, die in besonderem Maße Wachstum und Beschäftigung erwarten lassen. Zunächst die Gesundheitswirtschaft, denn die bietet diese Potenziale und dabei gehören wir zur Spitze in Deutschland. Da müssen wir in den nächsten Jahren alles tun, damit wir weiter dranbleiben. Das sind ganz klar die erneuerbaren Energien, wo wir sehr gute Bedingungen haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wie ein Steinkohlekraftwerk.)

wobei wir bei der Windkraft schon zu den Besten gehören. Und das sind Forschung und Technologie im Umfeld unserer Hochschulen. Herr Ritter, das ist ein sehr attraktiver Anziehungspunkt für leistungsstarke junge Menschen aus ganz Deutschland und darüber hinaus, die zu uns kommen und hier arbeiten wollen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, ja!
Ihnen laufen ja die eigenen schon weg. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, bei unseren Anstrengungen richten wir unser Augenmerk, das sage ich ganz klar, auf den ersten Arbeitsmarkt. Und das unterscheidet uns dann wohl, meine Damen und Herren, von den LINKEN. Sie setzen, zumindest habe ich das so verstanden, zu gleichen Teilen auf öffentlich geförderte Beschäftigung, also auf den zweiten Arbeitsmarkt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Weil das richtig ist, Herr Sellering.)

Das kann aber immer nur eine Ergänzung sein. Unser Ziel sind Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Helmut Holter, DIE LINKE: Ich denke, das
Ziel ist Vollbeschäftigung? – Zuruf von
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein schwieriger Haushalt in schwierigen Zeiten – und dennoch setzen wir klare politische Schwerpunkte, auch finanziell. Trotz der überaus schwierigen Situation werden wir künftig Jahr für Jahr in den Bereichen Schule und Kita jeweils 15 Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Mogelpackung.)

Im Schulbereich setzen wir beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 das Geld vor allem dafür ein, um die Ausübung des Lehrerberufs in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver zu machen,

(Michael Roolf, FDP: Um die
Selbstständige Schule zu kontrollieren.)

denn gute Schule braucht gute und motivierte Lehrer.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Vor allem einen Landesschulrat.)

Dabei geht es natürlich auch um die Wertschätzung, die Lehrerinnen und Lehrer in einer Gesellschaft genießen, die sie bei den Eltern genießen. Es geht um mehr Respekt durch uns alle. Da wird sehr gute Arbeit geleistet, und ich denke, das sollte auch ein Parlament deutlich würdigen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aber es geht nicht nur um Wertschätzung und Respekt, sondern natürlich auch um angemessene Bezahlung. Ich habe eine Arbeitsgruppe im Kabinett eingesetzt, die inzwischen gute Vorschläge gemacht hat, die wir jetzt umsetzen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Bisschen spät.)

Dabei geht es vor allem um die Nachwuchssicherung. Deshalb erhöhen wir die Zahl der Referendarstellen, die Zahl der Neueinstellungen und deshalb bieten wir Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern zusätzlich ein Starterpaket von 2.500 Euro. Das, finde ich, ist ein sehr gutes Angebot. Wir müssen verhindern, dass unsere sehr gut ausgebildeten jungen Lehrerinnen und Lehrer abwandern

(Udo Pastörs, NPD: Die hauen aber trotzdem ab.)

oder sie von anderen Ländern abgeworben werden.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist doch
alles schon passiert, Herr Ministerpräsident. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Bei manchen hier wären wir nicht traurig, wenn sie abwandern würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, ich habe gerade etwas zu den jungen Lehrern und zu den Berufsanfängern gesagt, aber ich sage auch ganz deutlich, wir müssen etwas für die Lehrerinnen und Lehrer tun, die schon da sind,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach?! –
Raimund Frank Borrmann, NPD: Zu viele.)

denen wir seit Jahren viel zugemutet haben, die seit Jahren mit dem Lehrerpersonalkonzept einen solida-

rischen Beitrag geleistet haben. Das war übrigens kein Knebelkonzept für Lehrer, sondern ein solidarisches Angebot an alle Lehrer, das damals alle Lehrer gerne angenommen haben. Das war eine vernünftige Sache. Es ist nur klar, wir müssen jetzt weiterkommen.

(Hans Kreher, FDP: Na ja.)

Es darf im Lehrerzimmer, wenn wir die Berufsanfänger unterstützen, keine Zweiklassengesellschaft geben.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Deshalb gibt es auch zusätzliches Geld für diese Lehrer.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, wir schaffen die Voraussetzungen, den Lehrerinnen und Lehrern zusätzliche Leistungen zu gewähren, die sich besonders engagieren, die sich vor allem besonders bei der Ausbildung der Referendare engagieren. Das ist ein guter erster Schritt. Die Lehrerinnen und Lehrer, die seit Jahren mit verringerter Stundenzahl arbeiten, wollen aber vor allem wissen, wann können wir wieder voll arbeiten. Und deshalb habe ich die klare Zusage gemacht: Wir werden noch in diesem Jahr verbindlich für die einzelnen Schularten festlegen, bis wann das Lehrerpersonalkonzept ausläuft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da fangen wir bestimmt beim Gymnasium an.)

Meine Damen und Herren, 15 Millionen Euro mehr pro Jahr stehen jedes Jahr auch für die Kitas zur Verfügung. Davon brauchen wir 5 Millionen Euro für den Mehrbedarf, den wir erfreulicherweise haben, weil es viel mehr Kinder gibt, als wir 2004 gedacht haben. Die Summe, die im Gesetz steht, war berechnet auf die Kinderzahl 2004. Wir haben inzwischen mehrere Tausend Kinder mehr und dem müssen wir Rechnung tragen. 5 Millionen Euro gibt es dafür. 10 Millionen Euro stehen Jahr für Jahr zur Verbesserung der Qualität der Kitas zur Verfügung. Da gibt es viele gute Ideen, die beraten worden sind und inzwischen in einem Gesetzentwurf Eingang gefunden haben. Der befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung.

Meine Damen und Herren, so machen wir die Kitas und die Schulen in unserem Land attraktiver und leistungsfähiger. Das ist ein wichtiger Baustein für unser Projekt „Kinderland MV“, das ist ein wichtiger Baustein für mehr Chancengleichheit in unserem Land und das ist ein wichtiger Baustein dafür, dass jeder Einzelne hier im Land seine Talente, seine Begabungen so entfalten kann, dass er den bestmöglichen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten kann.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich möchte bloß wissen, warum die Erzieherinnen in den Kitas dann so entsetzt sind.)

Also, meine Damen und Herren, mit dem heute vorgelegten Gesetzentwurf setzen wir die solide Finanzpolitik der letzten Jahre fort. Wir bekämpfen die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und setzen Schwerpunkte in den Bereichen, die für die Zukunft unseres Landes besonders wichtig sind: Wirtschaft und Arbeitsplätze, Bildung, Familie und Kinder. Ich bin davon überzeugt, das ist ein guter Entwurf. Ich bitte Sie alle um eine konstruktive Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Das war ja nicht doll. Deswegen bin ich extra nach vorne gekommen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat nunmehr die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Heike Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als vor zwei Jahren meine Amtsvorgängerin Sigrid Keler an dieser Stelle stand und in ihrer Haushaltsrede angesichts sprudelnder Steuereinnahmen vor allzu großer Euphorie warnte, buchten es die meisten von uns als gewohnte Lyrik der Finanzministerin ab.

(Udo Pastörs, NPD: Lyrik!)

Heute möchte ich uns aber ein paar Sätze aus ihrer damaligen Rede in Erinnerung rufen. Ich zitiere: „Ich möchte hier nicht die Kassandra spielen, die ungehört vor dem Untergang warnt.“

(Udo Pastörs, NPD: Märchenstunde.)

„Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das gegenwärtige Steuerhoch nicht ewig andauern wird,“

(Udo Pastörs, NPD: Ach, wie weise!)

„dass auch wieder andere Zeiten anbrechen werden und wir gut beraten sind, jetzt für diese Zeiten vorzusorgen, indem wir tilgen, indem wir Rücklagen bilden und indem wir keine zusätzlichen Ausgabenprogramme auflegen, die uns in der Zukunft auf die Füße fallen können.“

Diese Mahnungen kamen damals scheinbar zur Unzeit. Das Land hatte erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, die Steuereinnahmen sprudelten und ein hervorragender Haushaltsabschluss des Jahres 2007 stand bevor, durch den wir insgesamt 240 Millionen Euro Schulden tilgen konnten. Dennoch hielten damals alle Beteiligten an der soliden Finanzpolitik fest. Heute können wir sagen, zum Glück, denn dieser Kurs versetzt uns nun in die Lage, in der Finanz- und Konjunkturkrise handlungsfähig zu bleiben.

(Udo Pastörs, NPD: Warten wir erst mal ab!)

Der vorliegende Entwurf für den Doppelhaushalt 2010/2011 stellt sich daher in die Tradition einer langfristig orientierten Finanzpolitik. Spätestens seit 1996 zeichnet sich diese dadurch aus, dass man nicht bei Steuereinbrüchen hektisch zum Rotstift greift und in guten Steuerjahren euphorisch neue Ausgabenprogramme beschließt. Nachhaltige Finanzpolitik heißt in diesem Land, dass man in langen Zeiträumen denkt, dass man den hohen Personalbestand in der Landesverwaltung in Kooperation mit den Betroffenen reduziert und man bei tendenziell steigenden Steuereinnahmen die Ausgaben stabil hält, um zusätzliche Spielräume zu gewinnen.

Von diesem Leitgedanken ist auch der vorliegende Haushaltsentwurf geprägt. Trotz eines bislang unvorstellbaren Steuereinbruchs wollen wir auch in den kommenden Jahren keine neuen Schulden aufnehmen. Gleichzeitig sparen wir aber nicht der Krise hinterher. Unsere Investitionsausgaben steigen, was der Wirtschaft in unserem Lande helfen wird. Und wir stärken die langfristigen politischen Schwerpunkte dieser Landesregierung. Für die frühkindliche und schulische Bildung geben wir deutlich mehr Geld aus, wir setzen aber gleichzeitig den nachhal-

tigen Sparkurs fort. Mit einem zusätzlichen Personalkonzept wollen wir noch einmal 1.500 Stellen einsparen.

Der Entwurf des Doppelhaushaltes für die kommenden beiden Jahre ist in erster Linie geprägt von einem Einbruch der Steuereinnahmen, wie ihn dieses Land noch nie erlebt hat. Die Einnahmen aus den Steuern, dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen liegen im Jahr 2010 bei rund 5 Milliarden Euro. Sie fallen damit um über 700 Millionen Euro niedriger aus als noch im Jahr 2008. Dies entspricht einem Rückgang von 12,7 Prozent und übertrifft damit deutlich den Einbruch der Steuereinnahmen in den Krisenjahren 2002 und 2003.

Aber – auch dies sollten wir uns in Erinnerung rufen –, dieser Einbruch ist nicht nur die Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Mindestens 200 Millionen Euro an Mindereinnahmen resultieren aus Steuerrechtsänderungen. Ich erwähne hier nur die Rückkehr zur alten Pendlerpauschale,

(Udo Pastörs, NPD: Konjunkturpaket I.)

die ab nächstem Jahr geltende Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen oder die diversen Steuererleichterungen im Zusammenhang mit den Konjunkturpaketen. Dazu zählt insbesondere die Entlastung bei der Einkommenssteuer. Ab dem nächsten Jahr erhöht sich der Grundfreibetrag auf 8.004 Euro und der Eingangssteuersatz sinkt auf 14 Prozent. Dies führt zu deutlichen Entlastungen niedriger Einkommensbezieher.

Das Land spürt die Wirkung allerdings durch niedrigere Steuereinnahmen. Wir rechnen auch für das Jahr 2011 nicht damit, dass die Steuereinnahmen gravierend ansteigen werden. Sie werden insgesamt gerade ausreichen, um die zurückgehenden Solidarpaktmittel auszugleichen. In der Planung gehen wir daher nur von einem geringen Wachstum in Höhe von rund 7 Millionen Euro aus. Durch den Gleichmäßigkeitsgrundsatz im kommunalen Finanzausgleich werden auch die Kommunen des Landes den deutlichen Steuereinbruch spüren. Auf die Details werde ich später noch eingehen.

Die hohen Steuereinbrüche kann das Land in den kommenden Jahren nur durch die vorausschauende Finanzpolitik der Vergangenheit kompensieren. Seit 2007 wurden Konjunkturrücklagen angespart, die in den kommenden beiden Jahren vollständig eingesetzt werden. Wir rechnen mit einer Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von insgesamt 435 Millionen Euro. Hierfür müssen in diesem Jahr allerdings erst noch 70 Millionen Euro der Rücklage zugeführt werden.

(Michael Roolf, FDP: Ja, wo sind die denn?)

Aus gegenwärtiger Sicht erscheint dies möglich und realistisch.

(Michael Roolf, FDP: Aha!)

Angesichts der zurückgehenden Einnahmen werden wir jedoch zunächst in den kommenden Jahren auf die ursprünglich geplante Schuldentilgung verzichten müssen. Dies ist aus finanzpolitischer Sicht nicht unproblematisch. Aufgrund des weiter voranschreitenden Bevölkerungsrückgangs müssen wir so ein Ansteigen der Pro-Kopf-Verschuldung im Land hinnehmen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nach einer Normalisierung der Einnahmesituation ist mein ausdrückliches Ziel, dass wir schnellstmöglich wieder zur Tilgung von Krediten zurückkommen.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!
Was ist „schnellstmöglich“?)

Ansonsten wären die Schuldenlasten von immer weniger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu tragen. Dennoch: Mecklenburg-Vorpommern bleibt eines der wenigen Bundesländer, das auch 2010 keine Neuverschuldung in Kauf nehmen will.

(Udo Pastörs, NPD: Wir haben
ja auch schon genug gemacht.)

Vielen von uns erscheint dies schon als Normalität. Aber angesichts der größten Wirtschaftskrise der vergangenen 80 Jahre ist dies ein großer finanzpolitischer Erfolg, der nicht gering geschätzt werden sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Die nachhaltige Ausrichtung unseres Haushaltes auf die Zukunft unseres Landes spiegelt sich auch in den Schwerpunkten wider. Wir stärken in den kommenden Jahren vor allem die Bereiche Familie, Bildung, Forschung und Investitionen in wirtschaftliche Entwicklung. So werden in den kommenden Jahren für die beabsichtigte Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes erhebliche zusätzliche Mittel bereitgestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2010 wird ein Betrag in Höhe von 5 Millionen Euro für die erhöhte Inanspruchnahme von Kitas eingestellt und für die Förderung von Kindern in besonderen Bedarfslagen sind bei voller Jahreswirkung zusätzlich 10 Millionen Euro vorgesehen. Die Vorbereitungen zur Gesetzesnovellierung sind noch nicht abgeschlossen. Ich gehe aber davon aus, dass wir noch während der parlamentarischen Beratung die Details besprechen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Haushaltsentwurf 2010/2011 setzen wir nicht nur erneut ein deutliches Zeichen für eine bedarfsgerechte Finanzierung unserer schulischen Bildung, wir nehmen auch zusätzliches Geld in die Hand, um die Qualität der Schulbildung weiter zu verbessern. So wird das Land bei voller Jahreswirkung künftig 15 Millionen Euro mehr für die Bildung ausgeben. Hiervon werden 5 Millionen Euro für Mehrbedarfe aufgrund des Schüleranstiegs verwendet. Die verbleibenden 10 Millionen pro Jahr stehen für Qualitätsverbesserung innerhalb des gesamten Schulsystems zur Verfügung.

Ein Schwerpunkt ist die Nachwuchsgewinnung. Angehenden Lehrkräften sollen bereits während des Studiums qualifizierte Praktikumsplätze angeboten werden. Dazu wird das Land die Referendarstellen von bislang 340 auf 493 erhöhen. Wir stellen zusätzliche Reisekostenunterstützung zur Verfügung. Durch Fortbildungsangebote an die künftigen Mentoren wird die Betreuung der Referendare qualitativ verbessert. Außerdem werden für die Lehrerinnen und Lehrer zusätzliche Leistungen bei der Ausbildung der Referendare durch Anrechnung auf die Arbeitszeit sowie durch Aufwandsentschädigung honoriert. Für die Vollbeschäftigung der Junglehrer erhält die aufnehmende Schule zusätzliche Stundenzuweisungen. Ein Starterpaket für Junglehrer sichert die berufliche Erstausstattung.

Wir stärken unsere Hochschulen und die medizinischen Fakultäten als wichtige Eckpfeiler für die perspektivische Landesentwicklung. Im Haushaltsplanentwurf beträgt der Mittelaufwuchs 2010 insgesamt 7,6 Prozent, 2011 nochmals 2,1 Prozent. Damit stellen wir weit mehr als die mit den Hochschulen vereinbarten 1,5 Prozent

zur Verfügung. Wir schaffen einen Forschungsfonds mit insgesamt 15 Millionen Euro und wir stehen zum Pakt für Forschung und Innovation. Die Organisation der gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Forschungseinrichtungen sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft erhalten weiter steigende Zuschüsse. 2011 sind es bereits 47 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ihnen vorliegenden Haushalt ist schließlich gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Investitionsausgaben. Dieses ist wichtig, um die Wirtschaftskrise abzufedern. Nichts wäre derzeit gefährlicher, als in diesem sensiblen Bereich für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes der Krise hinterherzusparen. Die Investitionsausgaben des Landes werden daher bis zum Jahr 2013 auf hohem Niveau gehalten.

Im kommenden Jahr stehen 1,3 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung, was eine Steigerung von 165 Millionen Euro gegenüber der ursprünglichen Planung bedeutet. Im Jahr 2011 sinken die Investitionsausgaben wieder auf 1,22 Milliarden Euro, was allerdings immer noch ein höheres Niveau als in den Vorjahren darstellt. Damit wird das Land seiner Verantwortung gerecht, das Investitionsniveau in Krisenzeiten hochzuhalten. Und wir erfüllen die Verpflichtung gegenüber dem Bund, unsere eigenen Investitionen gegenüber früheren Planungen nicht zurückzunehmen, denn in diesen hohen Zahlen spiegeln sich vor allem die Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern wider.

Allein durch das Konjunkturpaket II stehen uns zusätzlich 316 Millionen Euro zur Verfügung, wovon rund 80 Millionen Euro das Land und die Kommunen schultern. Mit diesem Geld wollen wir nicht nur die Wirtschaftslage stabilisieren, sondern vor allem auch Werte schaffen, die bleiben und die nützen. Zu Recht stehen deshalb Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und in die energetische Gebäudesanierung im Zentrum.

Am 15. August haben wir die aktuellen Zahlen vom Konjunkturpaket II an den Bund gemeldet. Von den vom Bund bereitgestellten Mitteln sind bereits 93 Prozent durch konkrete Projekte untersetzt und fast 40 Prozent laufen bereits. Natürlich hätten wir uns noch mehr begonnene Projekte gewünscht, aber viele Maßnahmen bedürfen einer längeren Vorbereitungszeit, denn es sollen ja zusätzliche und noch nicht geplante Maßnahmen sein.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Und nachhaltige Investitionen sind notwendig.

Wichtig aus meiner Sicht ist, dass die Vorbereitungen vor Ort jetzt zügig voranschreiten und noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Ich bin zuversichtlich, dass wir dann am Jahresende sehr hohe Zahlen vermelden können. Mit dem heutigen Tag haben wir 2,6 Millionen Euro vom Bund abgefordert. Weitere werden erst nach Rechnungslegung abgefordert. Aber ein Mittelabfluss von 50 Prozent ist aus heutiger Sicht in diesem Jahr nicht zu erwarten und mit Verlaub auch wenig realistisch.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Investitionsleistungen je Einwohner des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind noch mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Flächenländern. Diese Mehrausgaben verwenden wir, um die noch immer bestehende Infrastrukturlücke in den neuen Ländern zu schließen. In den nächsten Jahren werden wir aufgrund der zurückgehenden Solidarpaktmittel jedoch immer weniger investieren können. Spätestens 2020 sind wir also auf dem Niveau der westlichen Flächenländer angekommen. Auch deshalb hält die Landesregierung weiter daran fest, Bundes- und EU-Mittel insbesondere für Investitionen durch vollständige Kofinanzierung an das Land zu binden. Das ist nicht mehr in allen neuen Ländern selbstverständlich. Mit diesen Investitionsfördermitteln unterstützen wir die notwendigen Infrastrukturinvestitionen zur Ansiedlung von Unternehmen als auch Unternehmensinvestitionen selbst. Stück für Stück gewinnt das Land so an eigener Kraft.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, auch bei den Personalausgaben ist die Wegmarke 2020 von entscheidender Bedeutung. Sie ist der größte Einzelposten in unserem Haushalt. Rund ein Viertel unserer Ausgaben wenden wir für Besoldung, Vergütung, Beihilfen und Pensionszahlungen auf. Die Personalausgaben des Landes steigen im Jahr 2010 um 117 Millionen Euro auf 1,68 Milliarden und im Jahr 2011 noch einmal leicht auf 1,7 Milliarden Euro.

Der Anstieg im kommenden Jahr resultiert vor allem aus der letzten Stufe der Ost-West-Angleichung für die oberen Besoldungs- und Entgeltgruppen sowie aus dem Auslaufen des Tarifvertrages zur Arbeitszeitabsenkung. Ich begrüße sehr, dass mit dem 1. Januar 2010 die Tarifunterschiede zwischen Ost und West endlich aufgehoben sind. Nach fast 20 Jahren Deutscher Einheit war es kaum noch zu vermitteln, dass Kollegen für die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Motivation der Mitarbeiter und die Arbeitsleistungen werden dadurch sicherlich gewinnen.

(Udo Pastörs, NPD: Was ist mit den Friseusen und den anderen?)

Dennoch trifft uns dieser Anstieg der Personalausgaben in der gegenwärtigen Situation hart. Um langfristig den tarifbedingten Anstieg der Personalausgaben zu dämpfen und die Größe der öffentlichen Verwaltung an den Rückgang der Bevölkerung anzupassen, hat die Landesregierung ein neues zusätzliches Personalkonzept beschlossen, welches bis zum Jahr 2020 wirken soll, denn unsere Einwohnerzahl verringert sich immer weiter.

(Udo Pastörs, NPD: Wie kommt denn das?)

Gleichzeitig verschlanken auch die alten Bundesländer ihre Verwaltung. Daher müssen wir noch einmal Stellen einsparen.

Anfang 2010 sind noch rund 32.300 Stellen in der Landesverwaltung im engeren Sinne, also die sogenannten Kernstellen vorhanden. Aus der Umsetzung des Personalkonzeptes 2004 werden in den nächsten Jahren noch einmal 1.500 Stellen wegfallen. Mit dem neuen Personalkonzept 2010 werden ab 2012 weitere 1.500 Stellen bis zum Jahr 2020 abgebaut. Wir werden dann im Jahr 2020 rund 29.400 Stellen in der Landesverwaltung im engeren Sinne vorhalten. 2004 waren es noch rund 10.500 mehr.

Bei der Gesamtbilanz muss berücksichtig werden, dass wir nun fast 750 Lehrer mehr beschäftigen als noch 2004 vorgesehen. Zusätzlich sind über 220 Stellen für die Auslandsrentnerbesteuerung ausgebracht, die fast

vollständig von den anderen Bundesländern finanziert werden, und insofern können wir sie uns leisten.

Die deutlich sinkenden Steuereinnahmen des Landes werden sich auch für die Kommunen negativ auswirken, denn der kommunale Finanzausgleich wird seit 2006 ausschließlich nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz bemessen. Dieser Grundsatz besagt im Kern, dass das Land und die Kommunen an den Veränderungen der Steuereinnahmen beider Ebenen gleichmäßig teilhaben. Dieses gilt in guten wie in schlechten Zeiten. Über den kommunalen Finanzausgleich erhalten die Kommunen im kommenden Jahr 104 Millionen Euro und im Jahr 2011 162 Millionen Euro weniger als noch in diesem Jahr. Dabei sind 2009 die zusätzlichen Zahlungen an die Kommunen aus Abrechnungen der Vorjahre nicht berücksichtigt.

Wie das Land haben auch die Kommunen in den Jahren 2007 und erst recht 2008 jeweils mit einem Haushaltsüberschuss abgeschlossen. Im vergangenen Jahr konnten die Kommunen einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von rund 221 Millionen Euro erzielen.

Ein aktueller Vergleich mit den kommunalen Leistungen der anderen neuen Bundesländer im Jahr 2009 zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Gesamtleistungen an seine Kommunen weitergibt. Vor diesem Hintergrund sieht die Landesregierung keinen Grund, den Gleichmäßigkeitsgrundsatz infrage zu stellen. Notwendig ist es stattdessen, die vorhandenen Strukturen im kommunalen Bereich im Rahmen der bereits eingeleiteten Reformvorhaben zu verbessern.

Nur mit Kopfschütteln kann ich daher zur Kenntnis nehmen, wenn der Vorsitzende des Städte- und Gemeindetages formuliert, die Kommunen wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger Geld zur Verfügung haben. Das würde ich auch gern, aber es gibt Realitäten. In Zeiten einer historisch einmaligen Wirtschaftskrise mit gravierenden Einbrüchen bei den Steuereinnahmen sind solche Wünsche leider weltfremd.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz im kommunalen Finanzausgleich ist keine Schönwetterregelung. In den vergangenen Jahren haben die Kommunen in hohem Maße von den zusätzlichen Steuereinnahmen profitiert. Nun müssen auch die Steuereinbrüche gemeinsam bewältigt werden. Die Auswirkungen der Krise machen deutlich, wie notwendig umfassende Strukturreformen für die kommunale Ebene sind. Die Reformgesetze jetzt zu stoppen oder aufzuweichen, wäre genau das falsche Signal.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Eine Haushaltsplanung für zwei Jahre, die in Zeiten einer Wirtschaftskrise durchgeführt wird, ist naturgemäß mit Risiken verbunden. Zum einen bleibt in einer solch unsicheren Situation natürlich immer das Risiko noch geringerer Steuereinnahmen bestehen. Unsere Veranschlagung deckt sich mit den Erwartungen der Steuerschätzer. Zum Glück scheinen sich die Konjunkturaussichten langsam wieder aufzuhellen, aber etwas mehr Sicherheit werden wir erst mit der Steuerschätzung im November gewinnen.

(Michael Roolf, FDP: Deswegen machen
wir jetzt auch einen Doppelhaushalt.)

Weiterhin muss ich an den Finanzmarktstabilisierungsfonds erinnern. Nach derzeitiger Gesetzesfassung ist er ab dem 1. Januar 2010 abzuwickeln und aufzulösen. Dass er dennoch nicht im Haushalt veranschlagt wird, liegt daran, dass die Abwicklungszeit aus unserer Sicht mindestens noch bis zum Beginn des Jahres 2012 dauern wird und demzufolge die Kosten den vorliegenden Doppelhaushalt nicht betreffen werden, wie groß sie auch immer sein mögen. Schließlich besteht auch angesichts des derzeitig niedrigen Zinsniveaus die Gefahr weiterer Zuwächse bei den Zinsausgaben. Insbesondere im Falle eines Konjunkturaufschwungs haben wir mit steigenden Zinsen sicher zu rechnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die größte Gefahr für unseren Landeshaushalt lauert allerdings woanders, denn mit Sorge betrachte ich die Steuersenkungsversprechen, mit denen vor allem die FDP, aber auch die CSU in den Bundestagswahlkampf gezogen sind. Kämen die zur Umsetzung, würden die Steuergeschenke der FDP in voller Wirkung zu Steuerausfällen von mindestens 80 Milliarden Euro führen,

(Hans Kreher, FDP: Ach,
Sie haben doch keine Ahnung! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die Vorschläge der CDU/CSU immerhin noch von 20 Milliarden Euro. Für unser Land wären dies Einnahmeverluste in Höhe von rund …

(Hans Kreher, FDP: Das ist
doch eine Schutzbehauptung! –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Herr Kreher, ich diskutiere gern mit Ihnen mal über Finanzprobleme,

(Hans Kreher, FDP: Ja, das
können wir mal machen.)

aber das sollte nicht so einen hohen Spaßfaktor haben. Wir gehen da mal lieber auf den Flur.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Das ist vielleicht auch für Sie am besten.

Für unser Land wären dies Einnahmeverluste in Höhe von rund 800 beziehungsweise 200 Millionen Euro. Nur zum Vergleich: Für den gesamten Bereich der Kindertagesstättenförderung gibt das Land im kommenden Jahr rund 120 Millionen Euro aus. Angesichts einer gesamtstaatlichen Neuverschuldung von rund 100 Milliarden Euro sind derartige Vorschläge nicht visionär, sondern unverantwortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Wer dieses fordert, muss auch einmal erklären, wer das bezahlen soll. Ich habe von den Abgeordneten der FDP in diesem Land noch keine Vorschläge gehört, wie die durch Steuergeschenke verursachten Mindereinnahmen ausgeglichen werden sollen.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Das Gegenteil ist der Fall.

(Heinz Müller, SPD: Auch für die Kommunen.)

Ausgabenseitig sind wir auch immer ganz fröhlich dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Es werden noch mehr Mittel für Lehrer und Kindertagesstätten gefordert, die Polizei soll in ihrem Bestand eher aufgebaut als an den Bevölkerungsrückgang angepasst werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das fordert neuerdings Herr Ritter ja auch zu meiner großen Verwunderung.)

Auch um die nachhaltige Nutzung der Guts- und Herrenhäuser soll sich das Land kümmern. Solide Finanzpolitik sieht anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Hans Kreher, FDP: Sie haben gar nichts verstanden.)

Und eigentlich gibt es nur drei Möglichkeiten, wie Steuergeschenke bezahlt werden können:

Erstens. Der Staat kürzt radikal seine Ausgaben und kann dadurch weniger öffentliche Leistungen finanzieren, also weniger Lehrer, Kindergärtnerinnen, Polizisten, weniger Sozialleistungen, weniger öffentliche Investitionen oder weniger Kultur.

Zweitens. Der Staat nimmt noch mehr Schulden auf, was allerdings nur dazu führen wird, dass sich die Sparzwänge um ein paar Jahre verschieben und dann noch gravierender zuschlagen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na dann können wir auch Ross und Reiter nennen, Frau Ministerin. – Helmut Holter, DIE LINKE: Da kommen wir gleich zu.)

Drittens. Man nimmt durch eine Fortsetzung der expansiven Geldpolitik höhere Inflation in Kauf.

(Michael Roolf, FDP: Das wäre ja sozialdemokratisch.)

Die Staatsschulden würden sich zwar dadurch entwerten, ebenso aber die Reallöhne und der Wert der Sozialleistungen. Renditeschwache Unternehmen würden keine Kredite mehr bekommen und bankrottgehen.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Eine gefährliche Spirale begänne. All dies wäre falsch.

(Udo Pastörs, NPD: Bankrott gehen Sie.)

Die Strategie, die Einnahmen durch Steuersenkungen zu vermindern

(Udo Pastörs, NPD: Bankrott hat immer eine betrügerische Komponente.)

und gleichzeitig mehr ausgeben zu wollen, untergräbt über kurz oder lang den Sozialstaat. Ein soziales Deutschland kann sich solch einen schwachen Staat aber nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig, Frau Ministerin, sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Ausschüssen des Landtages liegen nun intensive Wochen der Diskussion vor uns.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na wir wollen ja auch keinen Sozialstaat, sondern Reichtum für alle. – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Neben dem Entwurf des Doppelhaushaltes legt die Landesregierung auch den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes vor. Ich freue mich auf die erfahrungsgemäß guten und konstruktiven Beratungen im Finanzausschuss und in den Fachausschüssen.

Wir sollten dabei an bewährten Verfahren auch während der anstehenden Beratungen in den Ausschüssen des Landtages festhalten. Zusätzliche Belastungen des Haushaltes werden durch Benennung von solider finanzieller Deckung ausgeglichen. Unter solider Deckung verstehe ich dabei, langfristig wirkende Belastungen oder laufende Ausgaben werden auch durch langfristig wirkende Entlastungen kompensiert. Nur dann wird es gelingen, den Landeshaushalt weiter in der notwendigen Balance zu halten. Mit dem Entwurf zum Doppelhaushalt 2010/2011 beweist Mecklenburg-Vorpommern auch in der Wirtschaftskrise seine Handlungsfähigkeit.

(Udo Pastörs, NPD: Toll.)

Keine neuen Schulden, hohe Investitionen, Schwerpunktsetzung auf frühkindliche, schulische und universitäre Bildung sichern die Zukunft unseres Landes. Wir bleiben auch in der Krise solide. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 180 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was uns die Koalition und die Landesregierung heute hier vorgelegt haben in Form des Doppelhaushaltes, das ist ein Dokument des Versagens,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

ein Dokument Ihres Versagens, Herr Sellering und Frau Polzin, weil Sie mit dem Doppelhaushaltsentwurf an den schwerwiegenden Problemen und den Herausforderungen des Landes für die Gegenwart und Zukunft vorbeisteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Es gelingt Ihnen nicht, die gebotenen Antworten auf die wachsenden Anforderungen und Aufgaben des Landes in der Bildung, in der Wissenschaft, auf sozialem Gebiet, in der Wirtschaft und der Arbeitsmarktförderung, beim ökologischen Umbau, in der Infrastruktur und auf anderen Gebieten unter den Bedingungen der Finanzmarktkrise und der Rezession zu geben.

Wir, DIE LINKE, haben eine klare Erwartungshaltung: Der Haushalt muss ein Schutzschirm für die Menschen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Timm, CDU)

Davon, meine Damen und Herren, kann mit vorgelegten Entwurf jedoch überhaupt keine Rede sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Nach wie vor ignorieren die Landesregierung und die Große Koalition in den Haushaltsansätzen die Auswirkungen der Krise, der Finanz- und der Wirtschaftskrise auf allen Gebieten. Wir, Herr Nieszery, stellen in der Tat die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Indem Sie unrealistische Forderungen aufmachen.)

Ihre Ignoranz, meine Damen und Herren der Koalition, gipfelt darin, dass Sie angesichts der zu erwartenden höheren Arbeitslosigkeit auf konkrete und nötige Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik verzichten.

(Marc Reinhardt, CDU: War doch bei Ihnen am höchsten.)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich ein Diktat auferlegt, keine Neuverschuldung zuzulassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist auch richtig so.)

Damit unterwerfen Sie sich Zwängen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Sie werden die Probleme des Landes nicht lösen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch, die werden wir lösen.)

Das ist der Grund für Ihr Versagen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die werden wir auf jeden Fall nicht lösen im Wolkenkuckucksheim.)

dieses alles vor dem Hintergrund der größten Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir je hatten, die noch enormere Risiken in sich birgt. Darauf ist die Finanzministerin eingegangen, aber Sie haben in keiner Weise diese Risiken in Ihrem Haushaltsentwurf berücksichtigt. Die Auswirkungen sowohl bei der Entwicklung der Einnahmen, aber auch bei Entwicklung der sozialen Ausgaben sind überhaupt nicht absehbar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen gehen wir mal schnell in die Neuverschuldung.)

Niemand wird heute schon genau sagen können, welche Belastungen noch auf den Haushalt zukommen. Wir sind der Überzeugung, dass dieser Haushalt auf tönernen Füßen steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schon deshalb nicht, weil er ausgeglichen ist. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD und CDU, nehmen mit der für Sie unumstößlichen Null sich selbst die politische Handlungsfähigkeit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür haben wir mal gemeinsam gestritten, Herr Holter.)

Sie wollen Klassenprimus sein. Ich weiß nicht, warum Sie sich ständig vergleichen mit den anderen ostdeutschen Ländern und mit den westdeutschen Flächenländern. Ich weiß, dass das Usus ist, aber ich bin der Überzeugung, wir müssen das Wohl der Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern in den Mittelpunkt der Haushaltspolitik stellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Neuverschuldung.)

Das tun Sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das Nachsehen haben die Menschen in unserem Land. Dabei liegen die Probleme bereits heute auf dem Tisch. Die CDU, Herr Glawe, wie ich höre, will aus gutem Grund, das unterstütze ich, mehr Geld zum Beispiel für den Sport ausgeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sparen wir dann nachher bei der Polizei ein. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Die Kommunen stehen faktisch vor dem finanziellen Kollaps. Die Wirtschaft, wie zum Beispiel die Werften und ihre Zulieferer, sind noch lange nicht im ruhigen Fahrwasser. Das Stillhalteabkommen zwischen Wirtschaft und Bundesregierung wird, meine Damen und Herren, nach dem 27. September auslaufen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Arbeitslosigkeit wird zwangsläufig steigen. Zukunftsinvestitionen – sprechen Sie das einmal nach, Zukunftsinvestitionen –, das ist für Sie ein Fremdwort.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach!)

Meine Damen und Herren, Sie werden mit Ihrer Taktik, Frau Polzin und Herr Sellering,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben auch nur das Wort gesagt. Was sind denn Zukunftsinvestitionen? Erklären Sie das doch mal!)

Ihr Klassenziel verpassen. Sie reden über die Einnahmen sehr einseitig, nämlich, dass die Einnahmen zurückgehen. Wir erwarten, dass Sie darüber sprechen und Initiativen entwickeln, um die Einnahmen zu verbessern. Dazu gehört auch, dass Sie, ausgehend von Ihrer Landesverantwortung, auf Bundesebene Vorschläge unterbreiten, Initiativen starten, damit die Einnahmesituation des Landes sich deutlich verbessern kann. Aber auch hier Fehlanzeige.

Meine Fraktion hat immer wieder entsprechende Vorschläge auf den Tisch gelegt.

(Egbert Liskow, CDU: Die alle nichts taugen, die alle nichts taugen.)

Und wenn ich die Wahlprogramme, Herr Nieszery, einmal lese, auch der SPD, gibt es da eine gewisse Übereinstimmung, aber heute davon null Aussage. Wie sieht es denn aus mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Den entscheiden wir hier im Land, oder was?)

Wir wollen die Reform der Körperschaftssteuer und die Besteuerung von Veräußerungsgewinn. Ich kann auch bei Ihnen lesen, dass Sie eine Vermögenssteuer wollen und dass die Börsenumsätze natürlich besteuert werden müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das entscheiden wir hier im Land mit unserem Haushalt, oder was? Ist das hier eine Wahlkampfrede, oder was? Wovon reden Sie denn?)

Und natürlich sollen auch größere Erbschaften deutlich stärker besteuert werden als bisher. Solche Initiativen erwarte ich von der Sozialdemokratie und von einer sozialdemokratisch geführten Koalition,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

um die Einnahmesituation des Landes und der Kommunen zu verbessern. Oder haben wir wieder die Mathematik, der Durchschnitt von null und zwei ist drei?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Das kann ja wohl nicht sein! Sie verspielen die Zukunft des Landes.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie gestalten nicht. Sie verwalten statt gestalten und das bringt Ihre Unbeweglichkeit auf den Punkt. Ich muss Herrn Sellering und Frau Polzin sagen: Ihre Reden waren gar nicht überzeugend.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie haben versucht, mit einem „Weiter so!“ hier etwas zu begründen, was nun in der Tat überhaupt kein Zukunftsentwurf ist.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wir brauchen doch Verbesserungen vor allem in der Bildung, wir brauchen Verbesserungen in der Arbeitsmarktpolitik,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo sind 50 Millionen? – Zuruf von Dr. Harald Ringstorff, SPD)

aber auch auf sozialem Gebiet. Sie gehen hier nur halbherzig heran und versuchen, das, was Sie in Zahlen gegossen haben, hier als einen tollen Erfolg zu verkaufen.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist er auch. Das ist er auch.)

Das nehmen die Menschen Ihnen nicht ab, Herr Nieszery!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, aber natürlich.)

Nein, sie werden Ihnen das nicht abnehmen und Sie werden die Quittung dafür erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Schauen wir uns einmal die kommunale Situation an.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mit Ihrem Populismus werden Sie scheitern, Herr Holter. Glauben Sie mir das!)

Sie lassen die Städte, Gemeinden und Landkreise am ausgestreckten Arm verhungern.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Die kommunalen Investitionen werden in den nächsten Jahren dramatisch sinken. Vielerorts ist kein Geld mehr da für die sogenannten freiwilligen Aufgaben. Schauen wir uns die Jugendarbeit an, Seniorenarbeit oder auch die soziokulturellen Angebote. Gerade in dieser jetzigen Situation können wir uns es nicht leisten, die Finanzausgleichsleistungen absinken zu lassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

Ich frage Sie: Was ist das für eine Politik, wenn einerseits einmalige Konjunkturmaßnahmen in den Kommen ein wie auch immer bescheidenes Investitionsstreufeuer erzeugen, andererseits aber anschließend im gleichen Atemzug sozusagen laufende finanzielle Zuweisungen so weit absinken, dass die Kommunen in Bedrängnis geraten?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und woher sollen wir das Geld nehmen, Herr Holter? Erzählen Sie uns das mal!)

Wir kommen gleich darauf, ein bisschen Geduld.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so! Da bin ich gespannt drauf.)

Ich kann mich, Herr Sellering, gut an Ihre Neujahrsrede erinnern.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben in Rostock eine Neujahrsrede anlässlich des neuen Jahres 2009 gehalten

(Peter Ritter, DIE LINKE: War die auch so feurig wie die heutige?)

und Sie haben die Konjunkturpakete, die im Dezember angekündigt wurden, gewürdigt – zu Recht. Sie haben aber etwas Wichtiges im Rahmen dieser Rede gesagt: „Auf das Kleingedruckte kommt es an.“ Meine Kritik an den Konjunkturpaketen ist nicht nur, dass es zu wenig Geld ist, sondern dass zum Jahreswechsel eine Ankündigungspolitik betrieben wurde,

(Irene Müller, DIE LINKE: Die kannten wir aus dem Sozialministerium schon.)

die bei Unternehmen, Kommunen und Menschen eine Erwartungshaltung erzeugt hat, die so nicht eingetreten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Es kommt auf das Tempo an und das Tempo ist zu langsam. Die Wirkung heute ist noch nicht in den Kommunen und bei den Unternehmen angekommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wissen Sie doch besser, Herr Holter. Das wissen Sie doch besser.)

Ich meine, Sie machen tatsächlich aus der Not eine Tugend. Ihre Argumentation kann ich nicht nachvollziehen,

(Udo Pastörs, NPD: Das haben wir doch gestern gehört, was los ist.)

dass mit der Verschärfung der Krise diese Mittel sehr gut ankommen. Sie sollten hier tatsächlich ein Stück auf die Bremse treten mit Ihrer Argumentation, so wird das nicht funktionieren.

Und im Übrigen, Herr Caffier, mit den finanziellen Zuweisungen, ich höre von den Kommunen, dass es immer wieder Angebote gibt für Fördermittel seitens der Landesregierung. Warum? Weil die Kommunen den Eigenanteil nicht mehr aufbringen können. Die Kommunen geraten also in Bedrängnis und die Fehlbeträge in den Kommunen werden weiter wachsen. Das hat doch, meine Damen und Herren, mit vorausschauender Politik gar nichts zu tun. Widersprüchlicher kann Politik nun wirklich nicht sein!

Besonders schlimm ist, dass die bisherigen Anstrengungen zur Konsolidierung, zum Aufbau effizienter Strukturen und zur Schaffung lebensnotwendiger soziokultureller Angebote quasi ad absurdum geführt werden. Gestern fand hier in diesem Saal eine Anhörung statt. Diese Anhörung zum Finanzausgleichsgesetz war ein einziger Hilfeschrei der Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ihnen, den Kommunen, wird durch Ihre Politik die Luft zum Atmen genommen

(Michael Roolf, FDP:
Wo war die Landesregierung?)

und Sie stellen die Kommunen vor die Quadratur des Kreises.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Weniger Geld, wie es im Haushaltsentwurf vorgesehen ist, nur anders verteilt, sichert noch lange nicht die Handlungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden. Ich fordere Sie auf: Steuern Sie hier um, ansonsten wird die Schmerzgrenze überschritten und die kommunale Selbstverwaltung endgültig zur Farce!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dann erzählen Sie uns mal, woher!)

Wen wundert dann noch Politikverdrossenheit?

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, wir treten dafür ein – und das werden wir auch ganz aktiv, nicht nur in der Debatte zum Doppelhaushalt, sondern auch mit dem Finanzausgleichsgesetz einbringen –, dass langfristig die Finanzausstattung der Kommunen stabilisiert wird, damit sie in den nächsten Jahren investieren können. Es geht letztendlich um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Dörfern.

Meine Damen und Herren, die Mängelliste zum Entwurf des neuen Doppelhaushalts lässt sich fortsetzen. Es fehlen Mittel zur Bekämpfung der Kinderarmut.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Immer noch kein
Finanzierungskonzept von Ihnen. Wir wissen
immer noch nicht, wie das bezahlt werden soll. –
Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich lese heute in der Zeitung, dass Frau Schwesig, unsere Sozialministerin, ein Programm gegen Kinderarmut fordert. Sie hätten die Chance gehabt, dieses in dem Doppelhaushalt bereits abzubilden.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Wo ist Ihre Stärke, Frau Schwesig, innerhalb dieser Landesregierung? Kompetenzteam hin oder her,

(Udo Pastörs, NPD: Kompetenzteam!)

wichtig ist Ihre Arbeit hier in Mecklenburg-Vorpommern, daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und wir werden Sie daran messen, wie Sie Kinderarmut bekämpfen.

Es fehlen auch Mittel zur Bekämpfung der sozialen Spaltung, es fehlen Mittel zum Ausbau für öffentlich geförderte Beschäftigung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie
das mal addiert, was Sie da alles fordern?)

Und es ist an der Zeit, Herr Sellering,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie
das mal zusammengerechnet, Herr Holter?)

dass Sie sich mal wieder um die Strukturfonds kümmern. Ändern Sie das Verhältnis von EFRE und ESF wieder auf 70 zu 30!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich höre
immer noch nichts davon, wie Sie das
bezahlen wollen. Erzählen Sie uns das mal!)

Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, fehlt der Mut, sich auf Innovationen zu konzentrieren. Ihnen fehlt auch der Mut, die Darlehensförderungen weiter auszubauen und hier entsprechende revolvierende Fonds einzusetzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Also dieses Wunschkonzert müssen
Sie auch bezahlen, Herr Holter.)

Ich komme gleich dazu.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, dann machen Sie das mal.)

Nun seien Sie doch mal geduldig!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da bin ich mal gespannt, Herr Holter,
wie Sie die Knete besorgen wollen.)

Unzureichend halten wir auch die Ansätze für die qualitativen Verbesserungen im Bildungs- und im Kita-Bereich. Sie erklären hier vollmundig die 2 mal 15 Millionen pro Jahr.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch wunderbar, oder nicht?)

Diese Qualitätsoffensive

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

entpuppt sich doch letztendlich als Mogelpackung. Die Mehrausgaben unterstützen wir, die will ich auch anerkennen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach ja?!)

Mehr Geld für Bildung und Kinder, das ist auch unsere Forderung, ist immer gut angelegtes Geld.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Alles, was mit Geld ist, ist toll.)

Was wir allerdings kritisieren, ist,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

dass Sie dieses Geld faktisch mehrfach ausgegeben haben. Immer wieder sprechen Sie davon, wie viel Geld für Selbstständige Schule ausgegeben werden soll. So soll die Fortbildung ausgeweitet werden für die Lehrkräfte, die Qualität des Unterrichts soll verbessert werden. Schaut man aber genauer hin, gibt es für Fort- und Weiterbildung keinen müden Euro mehr und die Qualitätssicherung findet nur unter großen Einschränkungen statt. Die vollmundigen Zusagen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Selbstständige Schule haben sich quasi in Luft aufgelöst,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen
brauchen wir den Landesschulrat. –
Zurufe von Minister Henry Tesch
und Regine Lück, DIE LINKE)

folglich werden Lehrkräfte auch weiterhin durch zusätzliche Arbeit ihren unbezahlten Beitrag zur Umsetzung des Konzepts der Selbstständigen Schule leisten müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Bleiben Sie bei der Wahrheit, Herr
Holter, auch wenn Wahlkampf ist!)

Und der Gipfel, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt
der Gipfel. Jetzt erzählen Sie, wie Sie
das alles finanzieren wollen.)

ist der Landesschulrat.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Ich frage mich: Was macht der Minister? Haben wir nicht in Form des Ministers einen Landesschulrat? Und da wird eine neue hoch dotierte Stelle für einen Landesschulrat eingerichtet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir
haben’s ja. Wir haben’s ja so dicke. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist der Gipfel Ihrer Kritik!)

Sie verhöhnen die Lehrerinnen und Lehrer in Mecklenburg-Vorpommern.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ich dachte,
wir wollen die Lehrer besser unterstützen.)

Ja, meine Damen und Herren, wir müssen auch über die Personalpolitik reden. Wir lehnen pauschale Stellenstreichungen ab.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wann
kommt der Finanzierungsvorschlag?)

Und zu Recht, Herr Nieszery, fordern wir bei der Polizei keine weiteren Streichungen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ah ja, sogar noch eine Aufrüstung.)

Das ist eine wichtige Position, die wir einbringen. Wir sind der Überzeugung, ohne Aufgabenkritik kann man keine vernünftige Personalpolitik betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dieses
Personalkonzept haben Sie mal mit beschlossen,
Herr Holter. Das haben Sie mal mit beschlossen.)

In den sensiblen Bereichen sind wir doch als Land Mecklenburg-Vorpommern längst unter das Limit gekommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das Personalkonzept
haben Sie mit beschlossen, Herr Holter.)

Ja, selbstverständlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja,
und jetzt ist es nichts mehr wert?)

Wir stehen auch zu dem Personalkonzept, aber wir haben eine neue Situation.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen Sie
mal vernünftige Politik, Herr Holter!)

Wir können nicht das Letzte herausholen und die Handlungsfähigkeit bei der Polizei, bei den Lehrerinnen und Lehrern und anderswo einschränken.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Wir können uns ja auch mal den mittleren Dienst anschauen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das haben Sie alles mit beschlossen.)

Sie wohnen doch in der Nähe von Bützow. Wollen Sie in der Tat, dass diese Einsatzzüge aufgelöst werden?

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich lasse mich
von Ihrem Populismus nicht einschüchtern.)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns den mittleren Dienst an.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Blanker Populismus.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, Haushaltsdebatten sollen natürlich lebhafte Debatten sein,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Verängstigung
der Bürger, mehr steckt da nicht hinter.)

aber der Redner muss noch zu verstehen sein. Deswegen, meine Damen und Herren …

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Herr Nieszery! Herr Abgeordneter Nieszery, ich bitte doch jetzt um eine sachliche Diskussion.

Der Redner hat das Wort, er muss zu verstehen sein.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Bitte, Herr Holter, Sie haben das Wort.

Helmut Holter, DIE LINKE: Schauen wir uns den mittleren Dienst an.

Entschuldigung. Danke, Frau Präsidentin.

Auch im mittleren Dienst können wir uns das anschauen. Da geht es um die Sozialgerichtsbarkeit oder Justiz.

Auch da muss Handlungsfähigkeit gesichert sein. Und wir müssen auch über einen Einstellungskorridor reden. Übrigens haben wir das zu Zeiten unserer Regierungsbeteiligung immer wieder getan, weil nämlich der Personalkörper als solcher von der Alterszusammensetzung auch in eine Schieflage kommen kann.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das stellen wir doch gar nicht infrage.)

Meine Damen und Herren, jetzt will ich Ihre Frage beantworten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wäre toll.)

Ja. Ihre Frage war – und dazu will ich etwas sagen – zu der Problematik der Verschuldung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

Ich teile weder die Auffassung von Herrn Sellering noch die von Frau Polzin. Schauen wir uns den Bund an: 1,6 Billionen Euro sind an Schulden zu verzeichnen, die der Bund hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann können
wir ja auch noch ein paar machen, oder?)

Wollen Sie nun wissen, was ich Ihnen zu erzählen habe?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann
ich schon ahnen, was Sie mir erzählen. –
Wolfgang Griese, DIE LINKE: Eigentlich nicht.)

1,6 Billionen Euro machen die Schulden in der Bundesrepublik aus.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe:

Erstens höhlen Steuergeschenke für Bezieher hoher und höchster Einkommen, für Vermögende und große Unternehmen die Staatsfinanzen seit Jahren aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Herr Holter! Herr Holter!)

Selbstverständlich. Lesen Sie Ihr Wahlprogramm, Herr Nieszery! Auch Sie wollen an dieses Geld heran,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

zumindest die Bundespartei.

Zweitens. Die lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit hat zu sinkenden Steuereinnahmen und Beiträgen in den Sozialversicherungssystemen geführt. 40 Milliarden Euro wird der Bund allein in diesem Jahr für Zinsen ausgeben. Das sind 14 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes. Durch Zins und Zinseszins werden die Staatsschulden weiter wachsen.

Für Mecklenburg-Vorpommern heruntergebrochen heißt das ein Schuldenberg von 10 Milliarden – das ist mehr als unser Haushaltsvolumen – und eine Zinszahlung jährlich von einer halben Milliarde, die Mecklenburg-Vorpommern zu leisten und zu tragen hat. Das schränkt im Rahmen der Ausgaben den Handlungsspielraum deutlich ein.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist ja mal ein Satz, Herr Holter.)

Das weiß ich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da bin ich
mir nicht mehr so sicher, Herr Holter.)

Da sind wir uns ja auch noch einig an dieser Stelle. Und ich stehe nach wie vor zu dem Konsolidierungskurs, den die SPD und die PDS beziehungsweise Linkspartei damals in der Koalition gefahren hat.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jetzt
fordern Sie die Quadratur des Kreises. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aber wir sind überzeugt, dass sich öffentliche Verschuldung nicht dadurch bekämpfen lässt, indem Automatismen eingeführt werden wie beispielsweise die Schuldenbremse.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Wir werden uns noch umgucken!)

Wir wollen wie Sie die Verschuldungsspirale durchbrechen und den nachfolgenden Generationen tragfähige Staatsfinanzen hinterlassen, aber nicht auf die Art und Weise, wie Sie es tun. Wir wollen nachhaltige Einnahmen für das Gemeinwesen, darüber habe ich gesprochen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist ein Allgemeinplatz. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und wir wollen Voraussetzungen schaffen für Investitionen, Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und Investitionen für mehr Beschäftigung. Über Arbeit gibt es mehr Steuern und auch mehr Geld in den Sozialkassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Holter,
das sind aber Binsenweisheiten, oder?)

Deswegen brauchen wir natürlich eine gerechtere Besteuerung, um die Einnahmen des Staates zu verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ansonsten wird die Diskussion …

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Herr Holter, wir reden über den Haushalt von
Mecklenburg-Vorpommern. Ich weiß immer
noch nicht, wie Sie das finanzieren wollen.)

Sie begeben sich in Ihre eigene Argumentationsfalle.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die einseitige Ausrichtung auf die Reduzierung von Ausgaben unter dem Motto „Koste es, was es wolle“ ist kontraproduktiv. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass wir einen anderen Weg beschreiten müssen. Wir müssen den Weg, den Kurs eines innovativen und sozialen Landes beschreiten, damit junge Leute bei uns im Land eine lebenswerte und attraktive Zukunft haben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, wunderbar!)

Dazu gehört natürlich Lebensqualität. Lebensqualität lässt sich an Arbeit und an Daseinsvorsorge festmachen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Woher kommt denn nun das Geld?)

Wir wollen, dass Daseinsvorsorge hier in Mecklenburg-Vorpommern gesichert und bei Bedarf auch ausgebaut wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Fällt das Geld jetzt vom Himmel, oder was?)

Sparen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, sparen?!)

muss mit Augenmaß erfolgen und darf nicht dazu führen, dass bewährte und zukunftsgerichtete Strukturen zerstört werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt noch mal Butter bei die Fische: Wo kommt das Geld her, Herr Holter?)

Ansonsten führt das zu einem Bumerang und langfristig werden höhere Kosten entstehen. Ich denke da nur an Präventionsmaßnahmen, an Bildungsangebote oder an die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Ich bin der Überzeugung, dass Haushaltskonsolidierung, Haushaltsgestaltung im Sinne einer nachhaltigen Strukturentwicklung des Landes wirksam betrieben werden kann, wenn Schulden nicht ausgeschlossen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah!)

Wir treten dafür ein,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nennen Sie mal einen Preis!)

dass unter ganz bestimmten Maßgaben, unter ganz bestimmten Bedingungen wir wieder netto in die Nettoneuverschuldung eintreten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja, damit wir mehr Polizisten, mehr Lehrer und alles bezahlen können.)

Diese Mittel dürfen aber ausschließlich für zukunftsfähige Investitionen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, was ist denn das?)

für Innovationen, für Wertschöpfung im weitesten Sinne und für Arbeitsplätze eingesetzt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was ist denn „zukunftsfähige Investition“? Mehr Polizei, mehr Geld in die Kommunen, oder was?)

Wir halten übrigens das Argument,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Nieszery wird uns nachher seine Ansätze erklären.)

man müsse im Interesse zukünftiger Generationen den Gürtel enger schnallen, für völlig abstrus. Es wird nämlich vor allem bei diesen zukünftigen Generationen der Gürtel dann enger geschnallt werden müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also doch keine Neuverschuldung!)

Wir wollen …

Doch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also, Herr Holter, Sie müssen sich irgendwann mal entscheiden, was Sie wollen.)

Wir wollen eine Neuverschuldung unter ganz konkreten Bedingungen nicht ausschließen. Das ist eine klare Ansage. Und das, was Sie vorgelegt haben, führt nicht dazu,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass das Land zukunftsfähig gemacht wird. Nein, wir wollen nicht, dass die Kinder Ihre Politik, Ihre Suppe auslöffeln. Deswegen sagen wir Nein zu Ihrem Doppelhaushalt bereits heute.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bekennen Sie sich doch mal ganz klar dazu, wie Sie das finanzieren wollen!)

Meine Damen und Herren, die Politik trägt immer Verantwortung für die Menschen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, aber vor der drücken Sie sich.)

Gerade in Krisenzeiten suchen die Menschen Schutz und Zuversicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, aber keinen Populismus.)

Die Chance einer zukunftsorientierten, solidarischen, ökologischen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und kein Wunschkonzert, Herr Holter.)

wird durch Ihre Politik des „Weiter so!“ verspielt, Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, das ist verantwortungsvolle Politik, Herr Holter.)

Da können Sie hier dazwischenreden, so viel, wie Sie wollen, Ihre Politik ist verantwortungslos für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Der vorliegende Haushaltsentwurf hat nicht das Wohl der Menschen zum Ziel. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sehen nur sich selbst und werden so zum Versager.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nötiger denn je brauchen wir einen Schutzschirm für die Menschen, einen Schutzschirm für Beschäftigung und soziale Sicherheit. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist schwach, Herr Holter, ganz schwach, keine Vorstellung über die Finanzierung.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU, der Abgeordnete Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Entwurf eines Doppelhaushalts für die Jahre 2010 und 2011 liegt auf dem Tisch.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl!)

Die Landesregierung hat ihn vorgestellt, dafür bin ich ihr

(Udo Pastörs, NPD: Dankbar.)

dankbar.

(Unruhe und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, an DIE LINKE in diesem Haus gerichtet: Ich verspreche Ihnen, wir haben die Kraft für einen neuen Doppelhaushalt, meine Damen und Herren.

(Unruhe und Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Udo Pastörs, NPD: Jawohl!)

Davon können Sie ganz sicher ausgehen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist ja Populismus. – Zurufe
von Torsten Koplin, DIE LINKE,
Irene Müller, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD –
Glocke der Vizepräsidentin)

Zur Ausgangslage wäre Folgendes zu sagen: Die Solidarpaktmittel sinken. Das ist, glaube ich, unstrittig und auch Ihnen bekannt. Sie haben ja vorhin davon geredet, dass Sie auch schon acht Jahre regiert haben, das muss Ihnen also nicht entgangen sein.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Dass Sie die Kraft haben.)

Meine Damen und Herren, der Länderfinanzausgleich ist nicht mehr verlässlich. Gerade in den Geberländern gibt es erhebliche Steuereinbrüche, die auch auf unser Land durchschlagen werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, dann
gucken wir doch mal, wer die verursacht hat.)

In die EU-Fonds werden wir ab dem Jahre 2013 nicht mehr in diesen Bereich, in dieses Förderzielgebiet I als Land eingeordnet werden, zumindest sagen das alle Fachleute. Daher hat sich die Koalition entschlossen, Prioritäten in den Haushalt einzubringen.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut. –
Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Eine der Prioritäten ist schon mehrmals genannt worden. Die Frage nach Bildung ist in Mecklenburg-Vorpommern eine entscheidende, die Frage nach Familie und Kindern eine zweite. Eine dritte ist die Frage:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Haushalts-
klarheit und Haushaltswahrheit ist die dritte.)

Wie gehen wir mit dem Personalkonzept und den Aufgaben für die Zukunft um?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das heißt also, wir müssen unser Land, unsere Kommunen zukunftsfähiger machen. Dazu trägt auch die Kürzung von etwa 10.500 Stellen bis zum Jahre 2019 bei. Begonnen haben wir damit im Jahre 2004 unter Rot-Rot, meine Damen und Herren, was Sie wahrscheinlich schon wieder vergessen haben,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Koplin, DIE LINKE: Nicht vergessen. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

zumindest habe ich von Ihnen noch nichts gehört.

Meine Damen und Herren, insgesamt glaube ich, dass wir einen zukunftsfähigen Haushalt bekommen haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Von Rot-Rot haben Sie den gekriegt.)

Dafür spricht auch die Frage nach der Wirtschaftsförderung, die Frage nach der Förderung für den Mittelstand.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ne? Von Rot-Rot.)

Dort stehen immerhin 421 Millionen Euro allein für die Mittelstandsförderung in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung. Da könnten Sie auch mal Beifall klatschen, das haben Sie wahrscheinlich noch gar nicht gelesen,

(Wolfgang Griese, DIE LINKE: Oooh! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

denn wir wollen, dass wir über die Wirtschaft zu Investitionen kommen.

Meine Damen und Herren, auch die Frage, wie es im Sozialbereich weitergeht, ist von Ihnen sehr, na ja, süffisant beantwortet worden.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Süffisant!)

Das, was Sie in besonderer Weise in den letzten Jahren immer umgetrieben hat, die Förderung der Wohlfahrtsverbände, ist auf gleichem Niveau geblieben. Da können Sie auch mal Beifall klatschen. Das hat diese Koalition auf den Weg gebracht. Sie brauchen jetzt nur noch zuzustimmen. Von daher sehe ich ganz gelassen einigen Diskussionen, auch in dieser Frage, entgegen.

Die Frage der Inneren Sicherheit beantwortet diese Koalition auch, und zwar indem sie über 21 Millionen Euro zusätzlich für die Anschaffung von Polizeifahrzeugen und für die Ausrüstung der Polizei zur Verfügung stellt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Auch da können Sie Beifall klatschen.)

Meine Damen und Herren, auch davon kein Wort in Ihrer Rede.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und im Übrigen, Herr Holter, wenn Sie immer wieder alles so einfordern, wie toll das doch in der Regierungszeit unter Rot-Rot war,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

und die Frage nach dem ÖBS, am Ende haben Sie nicht mal 1.000 Stellen geschaffen, von denen Sie immer geredet haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber
furchtbar viel Geld ausgegeben. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Auch da können Sie Beifall klatschen!)

Schul- und Jugendsozialarbeiter haben Sie nie erreicht, aber 1.000 haben Sie immer durch's Land getragen. Geworden sind es vielleicht knapp über 700. Auch da sind Sie gescheitert.

Die kleinen Programme, darauf hat der Ministerpräsident hingewiesen, wie „Wie können Jugendliche mit Taschengeldern umgehen?“,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war
eine gemeinsame Anstrengung. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dafür haben Sie Geld ausgegeben und nicht wenig, gerade in Rostock und in anderen Gegenden dieses

Landes. Ich meine, Herr Holter, Sie sollten, solange die Bilanz der Arbeitslosenzahlen so ist, wie sie ist …

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Schöngerechnet. –
Regine Lück, DIE LINKE: Die Statistik
stimmt aber nicht.)

Wir haben jetzt, wenn wir auf den heutigen Tag gucken, als Sie im selben Monat, September 2006, abgetreten sind, haben wir heute 65.000 Arbeitslose weniger im Land.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Und Sie sollten sich erst dann melden, wenn diese Zahl überschritten ist, also Ihre Bilanz selbst. Dann dürften Sie sich, glaube ich, wieder melden. Vorher sollten Sie eher ruhig sein.

(Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE,
und Torsten Koplin, DIE LINKE)

Die Dinge, die durch den Wirtschaftsminister, durch diese Regierung auf den Weg gebracht worden sind, die kann man durchaus zeigen, Herr Holter.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Helmut Holter, DIE LINKE: Da ist
ja nicht viel, da ist ja nichts los. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nur mal so als Denkansatz.

Und im Übrigen, Ihre Rede war eigentlich ein Rundumschlag aller Dinge, einmal in der Überschrift abgelesen, aufgeschrieben und in die Pressemitteilung gepresst, inhaltlich relativ wenig Neues.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
Helmut Holter, DIE LINKE, und
Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich will zwei, drei Aspekte noch mal nennen. Die Frage nach der Bildung, das ist eine Geschichte,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wollen wir
mal fragen nach dem Landesschulrat?)

die mit 10 Millionen Euro unterlegt ist. Sie stärkt die Junglehrerprogramme und damit die Einstellung. Ein Anstellungskorridor für junge Lehrer ist wichtig. Andererseits ist auch die Finanzierung gestiegener Schülerzahlen eine weitere Prämisse, die wir mit 5 Millionen Euro finanzieren. Auch die Frage, …

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben
wir schon zweimal gehört heute.)

Ja, das müssen wir Ihnen öfter mal sagen. Wir wissen, die Wiederholung schärft bei Ihnen erst diesen Stand, denn beim ersten, zweiten oder dritten Mal kommt es bei Ihnen nicht an.

Meine Damen und Herren, da ist auch die Frage der frühkindlichen Bildung, die Entlastung der Eltern, die Finanzierung der Kitas.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na jetzt geht’s los!)

Da hatte Frau Linke im Jahre 2004 im KiföG gesagt – damals unterstellte Zahlen –, 74.000 Kinder sind im System. Heute haben wir 88.000. Daraufhin haben wir reagiert, der Landesanteil wird um 5 Millionen Euro erhöht. Auch wird für schwächere Kinder ein besonderer Bonus gewährt, der insgesamt für die Bedarfslagen 10 Millionen Euro ausmacht. Insgesamt werden jetzt im System 120 Millionen Euro sein. Das ist sozusagen auch ein Verdienst der LINKEN, aber jetzt im Prinzip ein Verdienst dieser Koalition, dass in besonderer Weise frühkindliche Bildung von Anfang an weiter ausgebaut wird. Darauf, denke ich, sollten wir stolz sein, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Wirtschaftsförderung habe ich schon genannt. Bei der Wirtschaftsförderung sind wichtige Eckpfeiler gegeben. Die Förderung allein in den nächsten zwei Jahren umfasst 460 Millionen Euro, auch mit den Mitteln, die im LFI verteilt werden. Und da meine ich schon, dass dort die Zukunft dieses Landes gesichert ist. Es geht jetzt darum, dass die vernünftigen Projekte auf den Weg gebracht und Initiativen ausgelöst werden, die insgesamt dafür Sorge tragen, dass Mecklenburg-Vorpommern weiter vorankommt.

Zum Zukunftsgesetz ein Wort, das hatten Sie, Herr Holter, auch angesprochen. Es ist natürlich das Konjunkturpaket II, und zwar dergestalt, dass Handwerk und Mittelstand gefördert werden sollen. Die ersten Dinge sind auf den Weg gebracht. Es wird an den Standorten in Wismar und in Stralsund an den Krankenhäusern gebaut, meine Damen und Herren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das dauert
doch nur drei Monate, bis das fertig ist.)

Noch mal: Dieses Geld war vor einem Jahr nicht mal in Sichtweite dieses Haushaltes.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so, richtig.)

Das müssen Sie doch mal anerkennen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch so,
richtig. – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Und der Bund und das Land haben Massives auf den Weg gebracht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie haben
Erwartungen geweckt zum Jahreswechsel,
die Sie nicht erfüllen konnten.)

Nein, haben wir nicht. Die Forderung besteht, im Jahre 2009 mit den Maßnahmen zu beginnen,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

und ich stelle fest, dass diese Maßnahmen begonnen haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das können Sie doch nicht leugnen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das leugne ich doch gar nicht.)

Und im Jahre 2010 sollen sie fertig sein, im Jahre 2011 abgerechnet werden.

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Da sind wir auf dem besten Wege.

Auch werden insgesamt für die Investitionen an den Hochschulen erhebliche Mittel bereitgestellt, so etwa 48 Millionen Euro. Auch das ist eine zusätzliche Investition,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das wissen wir alles.)

die wir im Land auf den Weg gebracht haben.

Die Kommunen erhalten 136 Millionen Euro insgesamt und werden diese, denke ich, zielgerichtet für Schulen, für Kitas weiter einsetzen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Alle sind im Land dabei, es zu tun.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Die warten
alle schon auf den Rechnungshof.)

Also, meine Damen und Herren, das Schlechtreden,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

was Sie hier jetzt über zehn Minuten oder eine Viertelstunde lang gemacht haben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: 22 Minuten.)

hilft am Ende den Menschen überhaupt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und Panikmache ist der letzte Ratgeber, den man sich geben kann.

Ich fordere Sie auf, Sie, Genossen von der LINKEN,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

beteiligen Sie sich konstruktiv am Wettbewerb der Ideen! Machen Sie nicht alles schlecht, sondern diskutieren Sie mit uns in den Ausschüssen über die neuen Wege,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Neue Wege?!)

die auch durch Umschichtungen im Haushalt durchaus denkbar sind!

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ein Teil ist auch die Frage der Sportförderung. Wir haben ein Sportfördergesetz, das hat 8,2 Millionen Euro Umfang. Wir wissen alle, …

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber
Sie haben doch den Sportminister.
Warum ist das denn nicht im Haushalt?)

Das steht im Haushalt. 8,2 Millionen, das können Sie nachlesen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

… dass diese Mittel wohl nicht reichen werden. Wir wollen Vereine fördern

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und wie?)

und wir wollen Spitzensport fördern.

(Norbert Baunach, SPD:
Nicht schlecht! Nicht schlecht!)

Da ist, denke ich, ein Blick in die Länder Brandenburg oder auch Thüringen hilfreich, um zu erkennen, wie ich Talente, die irgendwann Europa- oder Weltmeister oder Olympiasieger werden können,

(Udo Pastörs, NPD: Kugelstoßen.)

in Mecklenburg-Vorpommern schon heute fördern kann, sodass sie im Jahre 2012 oder 2016 durchaus für Mecklenburg-Vorpommern Botschafter sein können. Ich glaube, wir sind als Politiker auch dazu aufgerufen, darüber nachzudenken, wie wir dieses gestalten können.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und wie
wollen wir das machen, Neuverschuldung?)

Durch Umschichtung im Haushalt, nicht Neuverschuldung.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
In der Zeitung steht, Neuverschuldung.)

Neuverschuldung ist nicht das Thema. Innerhalb des Haushaltes kann umgeschichtet werden. Ich lade Sie ein, diese Diskussion fair in den Facharbeitskreisen und im Finanzausschuss zu führen, um die eine oder andere Änderung, die wird immer wieder kommen, auch durchzusetzen. Und ich sage Ihnen, hier sitzen 72 Abgeordnete.

(Zurufe aus dem Plenum: 71!)

71 Abgeordnete. Ich habe jetzt an mein Gewicht gedacht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Also, meine Damen und Herren, ich lade Sie ein, diese Dinge zu diskutieren. Dazu sind wir da. Wir sind Volksvertreter und selbstbewusst genug, um diese Dinge auf den Weg zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das
war 'ne Toprede! Inhaltsreich. –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber sie war wenigstens kämpferisch. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Er hat es
versucht und einen Versuch war es wert.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP, der Abgeordnete Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es sehr schade, dass der Ministerpräsident nicht im Raum ist, weil eine ganze Menge von dem, was ich hier sagen möchte,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch bloß
sein Haushalt. Das ist doch uninteressant.)

würde ich auch an den Ministerpräsidenten richten wollen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Der Ministerpräsident hat sehr richtig festgestellt, dass wir uns in einer ungewissen Lage befinden und es Kurs zu halten gilt. Das, was man uns hier aber heute von der Landesregierung vorstellt, ist kein Kurshalten, das ist eine Geisterfahrt ohne Karte:

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Torsten Koplin, DIE LINKE: Schlingerfahrt!)

Augen zu und durch! Das ist das, was die Landesregierung prägt.

Wer sich in der heutigen Zeit hier hinstellt und sagt, er kann einen seriösen Doppelhaushalt auch für das Jahr 2011 den Bürgerinnen und Bürgern des Landes vorschlagen, und sagt, ich versichere Ihnen, es gibt keine Neuverschuldung, der versündigt sich an den Bürgern,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

der sagt die Unwahrheit

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und die sagt er hier wissentlich.

Wir müssen einen Spannungsbogen finden, indem wir nicht in die alten Rituale verfallen, dass die Opposition immer alles schlechtredet und die Regierung immer alles richtig weiß. Wir müssen nach den besten Lösungen suchen. Die besten Lösungen für unser Land finden wir, wenn wir erkennen, was der Bedarf dieses Landes ist. Wir orientieren uns immer an Flächenländern in den alten Bundesländern, ob wir damit gleichziehen in irgendwelchen Statistiken. Nein, das, was wir hier brauchen, unser Bedarf, das ist der Maßstab unseres Handelns.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Da müssen wir hin in der Betrachtungsweise.

Und wer …

Herr Ministerpräsident, schön, dass Sie wieder da sind.

Wer sein Heil in der Verwaltungsreform sieht und meint, dass er damit strukturell die Dinge erledigen kann,

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Herr Ministerpräsident, dann zumindest eine Bitte: Sorgen Sie doch dafür, dass Regierungsmitglieder und Leute aus Ihrer Regierung zumindest an den Anhörungen teilnehmen, damit sie sich die Argumente anhören.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Sie sagen sehr klar und deutlich, mit den neuen Gesetzgebungen, mit der Verwaltungsmodernisierung, mit dem FAG werden wir den Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen und damit auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger entlasten und uns damit auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger hier im Parlament freischwimmen. Das kann nicht unser politischer Ansatz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wenn ich Ministerpräsident wäre – rein hypothetisch – und ich meine Finanzministerin fragen würde, dann wäre das eigentlich eine ganz einfache Struktur. Ich würde sie fragen: Wie ist das eigentlich mit der Entnahme aus der Rücklage mit den 435 Millionen Euro? Liebe Frau Ministerin, ist es realistisch, dass Sie heute noch sagen, dass Sie in diesem Jahr noch 70 Millionen Euro in der Rücklage finden? Ist das wirklich realistisch?

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Diese Frage würde ich der Finanzministerin stellen.

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

Ich würde ihr auch die Frage stellen: Liebe Frau Finanzministerin, was ist denn mit der Anlastung aus dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

mit den 133 Millionen Euro, die auf unser Land womöglich zukommen? Wo finde ich die denn eigentlich in deiner Rückstellung?

(Egbert Liskow, CDU:
Haben Sie denn zugehört?)

Wo finde ich die in deiner Risikoanalyse?

(Egbert Liskow, CDU:
Er war aber nicht drin vorhin.)

Ich würde Sie weiterhin fragen: Liebe Finanzministerin, wir haben leider 10,4 Milliarden Euro Schulden. Warum kosten die eigentlich über vier Prozent Zinsen? 419 Millionen Euro Zinsen, 455 Millionen Euro Zinsen.

(Egbert Liskow, CDU: Keine Ahnung.)

Wir selber geben den Kreditinstituten die Rahmenbedingungen für zinsgünstige Darlehen und kaufen selbst das Geld so teuer ein, mit vier Prozent Verzinsung?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Rudolf Borchert, SPD: Der hat keine Ahnung!)

Das kann doch wohl nicht unser Ansatz sein?! Hier ist so viel Potenzial zur Einsparung. Genau diese Fragen würde ich stellen: Warum haben wir als Land eigentlich das teuerste Geld? Warum können wir nicht umfinanzieren? Warum können wir nicht umstrukturieren?

(Rudolf Borchert, SPD: Sie wissen nicht,
wie der Haushaltsansatz berechnet wird.)

Was würden wir eigentlich zu dem Thema Investitionsquote sagen? Wir loben uns alle, dass die Investitionsquote gestiegen ist. Warum sind wir nicht so ehrlich und sagen, aus eigener Kraft, ohne einen Anstieg der Zuweisungen von Bundesmitteln, ist unsere Investitionsquote rückläufig, sie steigt nicht. Das gehört dann auch zur Wahrheit mit dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und, Herr Kollege Glawe – er ist, glaube ich, leider nicht mehr im Raum –, gerade das Thema Krankenhäuser hier anzusprechen, ist schon eine Farce. Ich weiß selber, wie es gewesen ist am Standort in Wismar, wie lange der Eigentümer darum gekämpft hat, dieses Krankenhaus zu modernisieren. Nur der Segen des Himmels, der Segen der Bundesregierung, der uns zusätzliche Gelder gebracht hat, hat das im Prinzip überhaupt möglich gemacht. Das jetzt als Eigenleistung der Landesregierung zu verkaufen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Gino Leonhard, FDP: Ganz genau
so ist es. Sehr richtig.)

ist unehrlich und im Prinzip auch nicht haltbar.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wir haben dann die Ausreden der Finanzministerin, es ist ja alles so schlimm, man hat mir durch die Pendlerpauschale Steuereinnahmen weggenommen, man hat mir durch die Anrechenbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge Steuereinnahmen weggenommen. Nein, falsch, Sie haben rechtswidrige Gesetze beschlossen. Sie haben den Menschen vorher mehr weggenommen, als Sie hätten dürfen, und Sie haben von Rahmenbedingungen gelebt, die Ihnen nicht zugestanden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das ist die Wahrheit und nicht das andere.

Und wenn ich mir dann anschaue, wie wir davon ausgehen, wie wollen wir denn eigentlich zukünftig einen Haushalt stabilisieren, dann verfallen wir hier in Rituale und sagen: Erklären Sie doch mal, wie wollen Sie denn mit weniger Geld diese ganzen Leistungen erbringen! Eines ist Fakt: Mit höherer Steuerbelastung für diejenigen, die für die Steuern zuständig sind, die die Steuern zahlen, werden wir es mit Sicherheit nicht erreichen. Wir erreichen ein Wachstum, wir erreichen eine Neuausrichtung in der Gesellschaft, wenn die Bürger sich gerecht behan-

delt fühlen in einem Steuersystem, wenn sie sagen, das, was ich leiste, wird auch gerecht für die Gemeinschaft eingesetzt. Davon sind wir dank sozialdemokratischer Politik in diesem Land weiter entfernt denn je.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich – meine Kollegin Reese wird noch sehr detailliert auf die Inhalte eingehen – zwei Sachen herausgreifen. Ich finde es schon dreist, wenn der Ministerpräsident sich auch für 2010 wieder seine eigene Imageumfrage für 70.000 Euro finanzieren lässt, und ich finde es auch dreist, wenn der Bildungsminister sich einen neuen Landesschulrat mit der B2-Stelle finanzieren lässt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da stellt sich eigentlich die Frage: Wer hat denn vorher die Koordination gemacht? Oder ist unser Eindruck doch richtig, es hat gar keine Koordination gegeben? Herr Minister, dann sind Sie richtig, dann brauchen Sie neues Personal.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Machen Sie so weiter, stellen Sie neues Personal ein, bilden Sie neue Haushaltstitel, machen Sie mehr Bürokratie, machen Sie mehr Aufwand, nehmen Sie noch mehr aus dem Haushalt für Ihre eigene Arbeit, für Ihre eigene Infrastruktur raus und geben Sie den Menschen immer weniger dafür. Das ist eine Politik, die wird Sie mit Sicherheit ins Abseits führen.

(Harry Glawe, CDU: Nun ist es
aber genug! Das reicht jetzt aber.)

Wir werden bei diesem Haushalt der Überweisung in die Ausschüsse zustimmen, obwohl es nach unserer Ansicht weiterhin völlig unsinnig ist, hier einen Doppelhaushalt zu diskutieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Haushalt 2011 beinhaltet reine Nebelkerzen und, wie habe ich es vor ein paar Tagen gesagt, es ist der Traumzauberbaum eines Ministerpräsidenten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roolf.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 7. Juli hat die Landesregierung den Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsbegleitgesetzes für die Jahre 2010 und 2011 beschlossen und wir beginnen nun heute im Landtag mit der Ersten Lesung unsere parlamentarischen Haushaltsberatungen, die wir, wenn alles planmäßig verläuft, dann am 16. Dezember mit der Zweiten Lesung abschließen werden. Bis dahin liegt eine sehr intensive Beratung in den Fachausschüssen vor uns und das eine oder andere, was in der Aufgeregtheit des Bundestagswahlkampfes hier heute zugespitzt diskutiert wird, wird sich, vermute ich mal, in den Fachausschüssen dann etwas beruhigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch dieser Haushaltsplanentwurf hat einige Besonderheiten aufzuweisen. Es ist zum Beispiel der letzte Doppelhaushalt in dieser Wahlperiode, darüber lässt sich nachdenken, und es ist eine Premiere für Heike Polzin als Finanzministerin, den Ministerpräsidenten Erwin Sellering, der nun den Hut aufhat, den neuen Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Volker Schlotmann und die neue Ministerin für Soziales und Gesundheit Manuela Schwesig. Und drittens: Der Finanzausschuss hat inzwischen eine neue Vorsitzende. Birgit Schwebs wird die Haushaltsberatungen als Finanzausschussvorsitzende leiten. Das Ausschusssekretariat hat Paula Frohriep übernommen, die zurzeit vertreten wird aufgrund des glücklichen Ereignisses der Geburt eines Sohnes. Sie wird zurzeit von Georg Strätker vertreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Land hat in den vergangenen Jahren viel erreicht unter SPD-Führung, sowohl mit den LINKEN als auch mit der CDU, und in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit, Infrastruktur, Bildung und mit der Haushaltskonsolidierung sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden und auch Erfolge erreicht worden, Mecklenburg-Vorpommern weiter zukunftsfest zu machen. Wir wollen bis zum Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019 auf eigenen Füßen stehen. Unter dem Motto „Konsolidieren, investieren und vorsorgen“ wurde die Neuverschuldung gestoppt, in Schwerpunkte investiert und durch Konjunkturrücklagen in Höhe von rund 440 Millionen Euro und Tilgungen in Höhe von 340 Millionen Euro versucht, die finanziellen Planungen, wie wir Finanzpolitiker so sagen, wetterfest zu machen.

Allerdings, das schlechte Wetter kam dann schneller als gedacht. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise trifft uns mit enormer Wucht, wirft alle bisherigen Finanzplanungen über den Haufen und ist natürlich für uns nicht oder wenn überhaupt auch nur marginal beeinflussbar. Wir sind also, was Handlungsoptionen betrifft, bezüglich der Einnahmeverluste völlig außen vor. Die Einnahmen aus Steuer- und Länderfinanzausgleich und BEZ liegen nur noch bei 5 Milliarden Euro in 2010 beziehungsweise 2011 und fallen damit also um 700 Millionen Euro niedriger aus als in 2008 und 500 Millionen Euro niedriger als in 2007. Das ist verglichen mit der schwierigen Situation in den Jahren zwischen 2001 und 2003, wie ich finde, eine noch größere Zuspitzung der finanziellen Situation.

Mit weiteren Risiken müssen wir rechnen. Wir sehen mit Sorge der Steuerschätzung im November entgegen und, meine Damen und Herren, es gibt dann ein zweites Risiko, und dieses zweite Risiko heißt FDP.

(Gino Leonhard, FDP: Oh!)

Wenn es nach dem 27. September zu einer schwarz-gelben Bundesregierung kommt, und das ist ja nicht auszuschließen nach jüngsten Meinungsumfragen,

(Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE,
und Gino Leonhard, FDP)

ist zu befürchten, dass die FDP – und die legt ja auf Glaubwürdigkeit großen Wert – ihre Wahlversprechungen hält: Steuersenkungen in Höhe von – man hört manchmal 35 Milliarden Euro, man hört manchmal 80 Milliarden Euro, liegen ja nur 50 dazwischen. Vielleicht kann die FDP, Frau Reese, dazu noch mal was erklären. Aber Steuermindereinnahmen aufgrund von Steuersenkungsplänen der FDP zwischen 35 Milliarden und 80 Milliarden Euro, pro Jahr wohlgemerkt, würden Steuermindereinnahmen für unser Land bedeuten zwischen 400 und 800 Millionen Euro. Das bedeutet für unser Land höhere Verschuldung, höhere Zinsbelastungen, weniger Geld für Bildung,

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

weniger Geld für Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, Herr Grabow, weniger Geld für Sozialleistungen, und, Herr Leonhard, weniger Geld für die Kommunen.

(Zurufe von Ralf Grabow, FDP,
und Gino Leonhard, FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Zukunft des Landes ist es jedoch gerade in der Krise von großer Bedeutung, weiter Kurs zu halten. Für die Fortsetzung des grundsätzlichen Kurses der strikten Haushaltskonsolidierung gibt es keine Alternative, meine Damen und Herren, und das trotz schwieriger Ausgangssituation und trotz schlechterer Rahmenbedingungen.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Ohne Alternative ist nur der Tod.)

Wir Sozialdemokraten werden an unseren zentralen finanzpolitischen Zielen festhalten, und das heißt für uns insbesondere natürlich, dass wir die Zielsetzung haben, keine neuen Schulden zu machen. Angesichts einer Gesamtverschuldung von 10,6 Milliarden Euro und einer jährlichen Zinsbelastung von circa 450 Millionen Euro würde eine weitere Kreditaufnahme die zukünftige Handlungsfähigkeit weiter einschränken. Ich weiß, keine Neuverschuldung ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Neben Sachsen wären wir das einzige Bundesland, dem dieses trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelingt. Andere Länder – wie Sachsen-Anhalt: 500 Millionen Euro Neuverschuldung, Hessen: 3,5 Milliarden Euro –, alle anderen Länder liegen im Prinzip dazwischen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Im Dezember sprechen wir uns wieder.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen aber nicht nur diesen Kurs halten, um keine neue Schulden zu machen, sondern wir müssen auch Kurs halten und weiterhin aktiv antizyklisch gegen diese Krise angehen und wie geplant investieren.

(Udo Pastörs, NPD: Da
habt ihr gar kein Geld für.)

Wir müssen also strukturell konsolidieren und gleichzeitig konjunkturpolitisch handeln. Das ist die eigentliche Herausforderung, vor der wir stehen. Wir werden dem gerecht, indem die Investitionsausgaben mit 1,3 in 2010 beziehungsweise 1,2 und 2 Milliarden Euro in 2011 auf sehr hohem Niveau gehalten werden. Die Investitionsleistungen pro Einwohner liegen in Mecklenburg-Vorpommern mit 725 Euro deutlich über den 340 Euro pro Einwohner in den westlichen Flächenländern. Und dazu gehört auch, dass alle möglichen Bundes- und EU-Mittel, insbesondere für die Investitionen, vollständig gebunden werden. Einen großen Anteil haben natürlich auch die verschiedenen Konjunkturprogramme des Bundes, mit denen der Krise entgegenwirkt werden soll, die aber schließlich vom Land auch kofinanziert werden müssen.

Drittens. Das strukturelle Defizit muss konsequent reduziert und mittelfristig in einen Überschuss übergeleitet werden. Nachdem wir bereits 2007/2008 einen Überschuss erzielt haben, wird dann 2010/2011 – im Planungsansatz ist es ausgewiesen – das strukturelle Defizit vermutlich wieder auf 440 Millionen Euro ansteigen. Ein langfristig stabiler Überschuss von circa 300 Millionen Euro ist aber notwendig, um spätestens 2019 zukünftig überhaupt noch investieren zu können.

Viertens. Meine Damen und Herren, Vorsorge bleibt ein zentrales finanzpolitisches Ziel. Auch wenn es aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen sehr schwer sein wird, notwendige Rücklagen für schlechte Zeiten zu bilden – „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ war ein erfolgreiches Rezept der letzten Jahre

(Udo Pastörs, NPD: Ja, deswegen haben
wir über 10 Milliarden Schulden.)

und wir sollten an diesem Rezept festhalten, soweit wir dann zukünftig dafür die Möglichkeit bekommen. Ich möchte aber auch hier deutlich für die SPD-Fraktion erklären, auf die ursprünglich geplanten Schuldentilgungen wird in den kommenden Jahren verzichtet werden müssen. So realistisch muss man auch sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wichtige Maßnahmen, um diese zentralen politischen Ziele zu erreichen, sind unter anderem, und ich möchte sie nur kurz skizzieren:

1. eine restriktive Veranschlagung im Haushaltsplan und konsequente Ausgabenbegrenzung. Jede Ausgabenerhöhung muss durch Umschichtung gegenfinanziert werden. Ich gehe mal davon aus, wenn die Kolleginnen und Kollegen der CDU, mir durchaus sympathisch, vorschlagen, mehr Geld in die Sportförderung zu geben, dann gehe ich davon aus, werden dazu Deckungsvorschläge in den Haushaltsberatungen kommen, die auch seriös sind.

(Egbert Liskow, CDU:
Davon gehen wir aus. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das haben wir ja Jahre erlebt.)

2. Die Fortschreibung des Personalkonzepts wird von 2010 bis 2020 eine weitere Reduzierung um 3.000 Stellen bringen. Dies senkt mittelfristig die Personalausgaben. Allerdings muss dabei immer beachtet werden, dass wir in der Landesverwaltung auch zukünftig ausreichend motiviertes Personal auf hohem Qualifikationsniveau benötigen, um die Entwicklung im Land voranzubringen. Insofern dürfen wir beim Personalabbau auch nicht überdrehen.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

3. Wir müssen schnellstmöglich Verbesserungen und Einsparmöglichkeiten von Verwaltungsposten in der Landesverwaltung ausschöpfen und dazu brauchen wir natürlich auch dringend die Verwaltungsreform mit Aufgabenübertragung und Kreisgebietsreform.

Zum aktuellen Vorwurf des Präsidenten des Landesrechnungshofes Dr. Schweisfurth, das Land spare angeblich zu wenig, will ich aus Sicht der SPD-Fraktion deutlich erklären: Erstens betrachten wir diese Belehrung und Aufforderung als überflüssig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Gino Leonhard, FDP: Es ist keiner mehr da,
der noch klopfen kann. – Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Zweitens sind wir davon überzeugt, dass es ganz wichtig ist, auch in dieser Zeit nicht nur über das Sparen zu reden, sondern die Balance der notwendigen Investitionen in die Zukunft, natürlich auch in Bildung, zu halten.

(Gino Leonhard, FDP: So wichtig
ist das dann mit dem Doppelhaushalt.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Entwurf zum Doppelhaushalt trägt deutlich die Handschrift der SPD sowie ihrer Finanzministerin Heike Polzin und ihrer Minister. Die SPD-Fraktion setzt finanzpolitische Prioritäten, mit denen wir nachhaltig den größten Mehrwert für unser Land erzielen. Dazu gehören insbesondere die frühkindliche Förderung und schulische Bildung. Für diesen politischen Schwerpunkt werden insgesamt 30 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, bei diesen schwierigen Rahmenbedingungen eine große Aufgabe. Davon werden circa ein Drittel für Mehrbedarf aufgrund von Schüleranstieg und stärkerer Inanspruchnahme von Kita-Plätzen und zwei Drittel für Qualitätsverbesserung in Kitas und Schulen eingesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die jüngste Bildungsstudie der OECD hat erneut die Defizite des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich bewiesen. Und deswegen werden wir auch in Mecklenburg-Vorpommern gegensteuern und die individuelle Förderung bereits bei den Jüngsten verstärken. Die zusätzlichen 30 Millionen Euro, meine Damen und Herren, sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, weitere müssen nach meiner Überzeugung möglichst bald folgen.

Zum Schwerpunkt Bildung und Wissenschaft gehört aber auch ein neuer Forschungsfonds, der von 2010 bis 2014 mit insgesamt 15 Millionen Euro ausgestattet wird, um exzellente Forschungsschwerpunkte an Hochschulen und wirtschaftsnahe Forschung zu finanzieren. Und wir werden mit der Fortsetzung des Hochschulbaus mit jährlich 74 Millionen Euro den Hochschulstandort Mecklenburg-Vorpommern stärken und noch attraktiver machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Schwerpunkte im Haushalt sind natürlich die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, und dazu werden unter anderem auf hohem Niveau die Wirtschaftsförderung mit 420 Millionen Euro und struktur- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit rund 250 Millionen Euro in jeweils beiden Jahren finanziert. Für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft stehen aus dem ELER für die zwei Jahre circa 260 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Städtebauförderung als ein besonders beschäftigungswirksames Förderungsprogramm für die regionale Wirtschaft wird mit jährlich 90 Millionen Euro auf hohem Niveau fortgesetzt, und besonders erfreulich ist die Verdoppelung des Volumens beim Landesprogramm Städtebauförderung auf insgesamt 10 Millionen Euro pro Jahr. Wer dann noch davon spricht, dass hier möglicherweise in unserem Land nicht kräftig, zielgerichtet und innovativ in die Zukunft investiert wird, ich glaube, der geht am Thema vorbei und das entspricht nicht den Realitäten.

Ein ganz anderer wichtiger Bereich, auf den ebenfalls zutrifft, was ich eben gesagt habe, ist der Politikbereich Verkehr. Hier ist es die Hafeninfrastrukturförderung, die für uns von großer Bedeutung ist. Insgesamt 40 Millionen Euro sind für die nächsten zwei Jahre, Entschuldigung, 20 Millionen Euro sind für die nächsten zwei Jahre im Haushalt eingeplant und wir haben Infrastruktur in Rostock, Sassnitz, Mukran, Wismar und Stralsund weiter auszubauen.

Die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Verbesserung der Kinderschutzarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Ab dem Haushaltsjahr 2010 stehen im Geschäftsbereich des Sozialministeriums 726.000 Euro für ein Landesprogramm zur Weiterentwicklung der Kinderschutzarbeit in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung.

Und an dieser Stelle, Herr Grabow, nutze ich natürlich die Gelegenheit, Ihre Kritik an der Kinderschutzpolitik der Ministerin Schwesig und der Landesregierung zurückzuweisen und klarzustellen,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

sehen Sie sich diesen Haushaltstitel an, 500.000 Euro zusätzlich für Kinderschutzarbeit, bringen Sie sich ein in eine konstruktive Beratung im Sozialausschuss,

(Ralf Grabow, FDP: Das habe ich ja wohl auch gemacht.)

aber hören Sie auf, an dieser Stelle zu kritisieren, wenn die Tatsachen einfach andere sind.

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Im Politikbereich Umwelt werden deutliche Akzente gesetzt. Die Zuschüsse für die Stiftung Umwelt- und Naturschutz werden gegenüber dem Haushaltsansatz im Jahr 2009 um insgesamt fast 178.000 Euro deutlich erhöht und die Bewirtschaftungsregelungen werden flexibilisiert. Es bleibt allerdings das Ziel im nächsten Doppelhaushalt, auf hoffentlich besseren Rahmenbedingungen, durch eine weitere Zustiftung die Stiftung Umwelt- und Naturschutz noch weiter zu stärken. Erfreulich ist auch die Einrichtung eines neuen Naturparks. Der Naturpark Peenetal wird ab 2010 vom Land, gemeinsam mit den Projektbeteiligten der Landkreise, finanziert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Gesamtstrategie Energieland 2020 hat die Landesregierung den Ausbau erneuerbarer Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz richtigerweise zu einem politischen Schwerpunktthema gemacht, nicht nur weil wir auch in Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen, sondern weil in diesem Wirtschaftszweig erhebliche Arbeitsplatzpotenziale und Entwicklungschancen für unser Land liegen. Bis zu 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten bis 2020 in diesem Bereich entstehen.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf ist allerdings schwer nachvollziehbar, in welchem Umfang Finanzmittel für diesen wichtigen Politikbereich eingesetzt werden. Im Wirtschaftsministerium sind lediglich 3,5 Millionen Euro pro Jahr für Klimaschutzförderung und circa 1,3 Millionen Euro innerhalb der Technologieförderung geplant. Dazu kommt die Möglichkeit, Investitionen in erneuerbare Energien im Rahmen der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu fördern. Das Landwirtschaftsministerium hat drei Förderprogramme, die grundsätzlich für die Entwicklung der erneuerbaren Energien im ländlichen Raum genutzt werden. Bisher allerdings ist deren Anteil an der Förderung relativ gering.

Im Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung werden innerhalb der Wohnungsbauförderung pro Jahr circa 7 Millionen Euro für klimaschutzrelevante Maßnahmen eingesetzt und zur energetischen Gebäudesanierung sozialer Infrastruktur in den Gemeinden stehen pro Jahr 10,5 Millionen Euro zur Verfügung. Allerdings ist dieses gute Bundesprogramm, kofinanziert von Land und Gemeinden, nur bis 2010 vorgesehen. Auch der Zukunftsfonds, aus dem immerhin 3 Millionen Euro für

erneuerbare Energien und Energieeffizienz eingesetzt werden, endet 2010.

Meine Damen und Herren, insgesamt entsteht der Eindruck, dass im Haushaltsentwurf 2010/2011 der Politikbereich neuer Energiepolitik grundsätzlich nicht den nötigen Stellenwert hat. Die SPD-Fraktion, ich kann das hier schon ankündigen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hört, hört!)

wird die Beratungen der Fachausschüsse nutzen, um dieses Thema ausführlich zu beraten

(Helmut Holter, DIE LINKE: Kritik der Koalition am Haushaltsentwurf.)

und gegebenenfalls noch Veränderungen herbeizuführen, es versteht sich von selbst, nicht durch neue Schulden, sondern durch Umschichtungen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, zulasten des Sports, oder wie soll das jetzt passieren? – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Herr Holter, dafür sind die Beratungen in den Fachausschüssen da und ich lade Sie recht herzlich ein, sich an diesen Diskussionen konstruktiv zu beteiligen. Ich habe da auch keine Sorge. Das werden wir in den Fachausschüssen,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dort, wo es hingehört, möglicherweise auch garniert mit einer Anhörung, glaube ich, sehr gut beraten können.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Noch besser, noch besser. – Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Witz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die deutlich sinkenden Steuereinnahmen werden sich auch für die Kommunen sehr negativ auswirken. Über den kommunalen Finanzausgleich erhalten sie im kommenden Jahr 168 Millionen Euro und im Jahr 2011 226 Millionen Euro weniger als noch in diesem Jahr mit insgesamt 1.328.000.000 Euro. Durch den Gleichmäßigkeitsgrundsatz werden die Veränderungen der Steuereinnahmen beider Ebenen nach dem Solidarprinzip ausgewogen verteilt. Dies gilt in guten wie in schlechten Zeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die finanzielle Situation der meisten Kommunen ist dramatisch. Da gibt es nichts zu beschönigen. Wir sind als Landespolitiker in der Regel im Wahlkreis stark in der Kommunalpolitik verankert und kennen die Probleme vor Ort, ich selbst seit 1990 im Landkreis Müritz. Es gibt aber in der jetzigen Finanzsituation des Landes aus heutiger Sicht kurzfristig keine Möglichkeit zu helfen. Das gebietet die Ehrlichkeit.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Kreditaufnahme und damit Neuverschuldung durch das Land zugunsten der Kommunen kann keine Lösung sein, weil dieses beiden Ebenen nicht wirklich hilft und die Probleme mittelfristig nur verschärfen würde. Wichtig ist, dass Land und Kommunen gemeinsam die notwendigen Verwaltungsreformen schnellstmöglich durchsetzen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das bringt doch nichts im Sinne der Haushaltskonsolidierung. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

auch wenn die Einsparungen dann erst mittelfristig zu erwarten sind. Aber ich bin der Meinung, hier besteht allerhöchster Handlungsdruck. Länder und Kommunen müssen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass der Bund sich nicht aus Finanzierungen zurückzieht beziehungsweise Reduzierungen vornimmt in der Finanzierung der Landes- und kommunalen Ebene. Jüngstes Beispiel ist die Abwälzung von Sozialleistungen auf die Kommunen, indem der Bund seine Zuschüsse für Kosten der Unterkunft reduziert.

Aber, meine Damen und Herren, das ist mein Appell: Länder und Kommunen müssen sich vor allem gemeinsam dafür einsetzen, Herr Holter, dass insgesamt die Steuereinnahmen des Staates verbessert werden

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja. Und, Vorschläge?)

und sich nicht nur gegeneinander in Verteilungskämpfen um das viel zu kurze Hemd zu streiten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das machen wir doch nicht.)

Da brauchen Sie sich nicht angesprochen zu fühlen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Konkrete Initiativen für Einnahmeverbesserungen.)

Da brauchen Sie sich nicht angesprochen zu fühlen.

(Zurufe von Wolfgang Griese, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer …)

Das bringt uns jetzt hier nur kurzfristig im Land nicht weiter, Herr Holter,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

diese guten Vorschläge, wie Sie wissen, die ich ja auch unterstütze.

(Irene Müller, DIE LINKE: Haben Sie schon mal was von Weitergabe an die Länder gehört?)

Ich sehe da, da ich ja eher Realpolitiker bin, die viel größere Gefahr, die ich mit dem „Risiko FDP“ umschrieben habe, und da müssen wir über ganz andere Dinge reden

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, hüten wir uns vor Schwarzgeld. Richtig. – Zurufe von Ralf Grabow, FDP, und Gino Leonhard, FDP)

als über Vermögensbesteuerung oder Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eine starke SPD und eine starke LINKE garantieren bessere Steuereinnahmen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das würde jetzt passen zu meinem Satzanfang „Ich wünsche“, aber ich habe hier einen anderen Text, Herr Holter.

Ich wünsche …

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Du kannst ja schon mal anfangen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche uns konstruktive und zügige Beratungen in den Ausschüssen. Hilfreich – und hier möchte ich eine Bitte äußern – wäre es, wenn Anhörungen grundsätzlich in den Fachausschüssen durchgeführt werden und nicht in den Finanzausschuss, ich sage mal, freundlich formuliert, delegiert werden. Ich bitte um Zustimmung zur Überweisung des Haushaltsgesetzentwurfes und des Haushaltsbegleitgesetzes in alle Fachausschüsse und natürlich federführend in den Finanzausschuss.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich bitte Sie, Ihre eigenen Kollegen im Ausschuss dahin gehend zu motivieren.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD, der Abgeordnete Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Welch hohen Stellenwert die Abgeordneten der heutigen Debatte beimessen, das sieht man an der Besetzung des Saales. Die Regierung war anfangs ja auch nicht vollzählig vorhanden, sodass die NPD-Fraktion darauf gedrungen hat, dass doch bitte schön mindestens die Regierungsbank besetzt ist. Aber das scheint ja wohl ganz normaler Lauf der Dinge hier im Parlament zu sein.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Was erzählen Sie denn für Unsinn?)

Die Gesamtschulden von Bund, Ländern und Gemeinden in Ihrer BRD sind in den letzten vier Jahrzehnten um mehr als das 26-Fache gestiegen. Aktuell hat sich die öffentliche Hand zusätzlich zu den aktuellen Steuereinnahmen mit mehr als 1,5 Billionen, also sage und schreibe mit 68,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschuldet. Im Bund sowie hier im Land nutzte man die guten Jahre mit sprudelnden Steuereinnahmen eben nicht konsequent, massiv Schulden abzubauen. Bis 2012, so versprach man den Bürgern, werde man den Anteil der Staatsverschuldung am BIP auf 61,5 Prozent herunterfahren – eine Milchmädchenrechnung, wie wir alle wissen. Die Schuldenuhr dreht sich kräftig weiter.

Und was der Bund kann, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man in Mecklenburg-Vorpommern schon lange. Hier im Lande kamen Dreimalkluge einmal auf die Idee, statt eines jährlich zu beratenden Haushalts einen sogenannten Doppelhaushalt vorzulegen und damit die Möglichkeit der Kontrolle durch das Parlament stark einzuschränken. Und ich muss mich schon wundern, dass Sie hier trotz der Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes, den Doppelhaushalt 2004 und 2005 für nichtig zu erklären, einfach so weitermachen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und noch verwunderlicher ist, dass das Parlament sich das gefallen lässt.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Nach der Landesverfassung gilt gemäß Artikel 61 Absatz 1 auf jeden Fall das Jährlichkeitsprinzip. Abgesehen davon möge doch die Landesregierung dem Parlament einmal erklären, auf welcher Annahme die uns vorgelegten Steuereinnahmen basieren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Märchenstunde.)

Der letzten Steuerschätzung vom Mai des Jahres trauen Sie doch wohl selber nicht, wie wir eben schon verschiedentlich gehört haben. Sie wissen ganz genau, dass das, was Sie hier an zu erwartenden Steuereinnahmen zusammengerechnet haben, so niemals Wirklichkeit werden kann. Das Ausmaß des globalisierten Betrugs im Finanzbereich ist nach Einschätzung seriöser Fachleute noch gar nicht voll in der realen Wirtschaft angekommen. Nein, sie hat die Realwirtschaft noch gar nicht voll erfasst. Selbst die Bundesanstalt rechnet mindestens mit über vier Millionen Arbeitslosen bereits im nächsten Jahr. Und natürlich macht der Aderlass vor den Toren Mecklenburg-Vorpommerns nicht halt.

Ich habe mir unter anderem auch einmal die finanzwirtschaftlichen Eckdaten Ihres Haushaltsplanentwurfs angesehen. Da finden wir unter Ziffer 10, Schuldendienst und Schuldendiensthilfen, folgende Zahlen: 2008 im Verhältnis zu 2007 minus 5,7 Prozent. 2009 zu 2008 steigt das Ganze schon, wenn auch wenig, wieder an. 2010, so ist Ihrem Papier zu entnehmen, werde es dann wieder eine Entlastung um über 10 Prozent geben. Was meinen Sie eigentlich, wer Ihnen diese Zahlen abnimmt, Frau Ministerin? Schon Anfang nächsten Jahres werden Sie wieder betteln gehen müssen bei den Banken, um die Nettokreditaufnahme zu erhöhen. Und da werden Sie nicht mit 10 oder 20 Millionen Nachtragshaushalt rechnen können, sondern eine viel, viel größere Summe an Bedarf wird Ihnen dann wohl ins Haus stehen.

Die Grundlage Ihres Doppelhaushaltes ist nichts anderes als eine Spiegelung Ihrer Ignoranz der Verhältnisse. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass die zu erwartenden Erschütterungen unserer gesamten Wirtschaft im Bund wie in den Ländern zu Steuermindereinnahmen ungeahnter Größenordnung führen werden. Dass Sie jetzt keine Spielräume haben, um in einer wirtschaftlich schweren Zeit durch massive Investitionstätigkeit marktstimulierende Akzente setzen zu können, liegt an Ihrer Misswirtschaft der letzten 10, ja, 15 Jahre. Sie, meine Damen und Herren der ehemaligen rot-roten Koalition unter der Führung des Totalversagers Ringstorff, hatten bereits 1997

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eh, Herr Pastörs! Haben Sie keine Kinderstube, oder was?)

eine Pro-Kopf-Verschuldung ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs!

Udo Pastörs, NPD: … hier im Lande zu verantworten, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs!

Udo Pastörs, NPD: … die weit im Vergleich über alle westlichen Bundesländer ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs, ich möchte Sie bitte unterbrechen

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und weise diese persönliche Beleidigung zurück.

Udo Pastörs, NPD: 2008 haben Sie den Bürgern Mecklenburgs und Pommerns

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorpommern, Vorpommern heißt das.)

eine Schuldenlast von über 10,5 Milliarden Euro aufgebürdet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vorpommern. –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Durch die Flut der Leistungs-, durch die Flucht der Leistungsfähigen aus unserem Bundesland

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wechselstaben verbuchselt, oder was?!)

wird auch die Pro-Kopf-Verschuldung real in Zukunft noch einmal kräftig ansteigen. Nun kommen Sie mir aber nicht mit dem Argument, wir haben im Jahre 2007 240 Millionen an unsere Geldgeber zurückgezahlt und im Jahre 2008 nochmals 100 Millionen. Tatsache ist und bleibt, dass Sie bereits in diesem laufenden Jahr, also 2009, nicht einen Cent an die Zins-und-Zins-Barone zurückgezahlt haben. Wenn die Steuereinnahmen aufgrund der Leistungsfähigkeit in erster Linie der mittelständischen Wirtschaft und der Arbeitnehmerschaft sprudeln, verkaufen Sie das stets als Leistung Ihrer Politik. Wenn die Steuereinnahmen sinken, verweisen Sie auf die schlechte Konjunktur, um damit jede Verantwortung für das sich Weiterdrehen der Schuldenspirale des Landeshaushalts weit von sich zu weisen.

Viele von Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordnete, waren ja Musterknaben des Sozialismus und einige in diesem Hause sogar IM der Stasi oder hatten zumindest – wie der Herr Minister Tesch – Kontakt mit dieser Dienststelle.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Oh, Sie langweilen uns.)

Und heute präsentieren sich die Mitglieder des selbsternannten demokratischen Blocks als BRD-Musterknaben.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Das ist Ihre Auffassung.

Das Grundgesetz besteht aber nicht nur aus Artikel 1, wenngleich dieser sehr wichtig ist. Die Gebote der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit sind in Artikel 110 des Grundgesetzes und Artikel 61 der Landesverfassung festgeschrieben. Und das, was Sie hier an Zahlen in Ihrem Haushaltsentwurf vorlegen, ist aus der Luft gegriffen. Das ist eine Frechheit, was Sie hier uns und dem Parlament zumuten. Gerne würde ich wissen, wie Sie, Herr Ministerpräsident Sellering, die Gebote der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit definieren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Der hat die Tarnkappe auf.)

Ich glaube, er sitzt hier irgendwo im Plenum.

Sie handeln nach dem Motto, was nicht passt, wird passend gemacht. Augen zu und durch! So hat man das in der DDR jahrzehntelang praktiziert.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE:
Da kennen Sie sich aus, ne? –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da kennen Sie sich gut aus, ne?)

Das Ende vom Lied ist bekannt. Auch Ihnen, meine Damen und Herren vom demokratischen Block, wird einst die letzte Strophe des Brutalkapitalismus gesungen werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber
ganz sicher nicht von Ihnen, Herr Pastörs.)

Herr Ministerpräsident Sellering, Sie haben auch hier heute Morgen in dieser Debatte einmal mehr den Showman gegeben. Aber auch dadurch werden Ihre Umfragewerte nicht besser. Bezahlen sollen diese ja laut Haushaltsplan mit 70.000 Euro wieder einmal die Steuerzahler. Ganz schön dreist, kann ich da nur sagen. Sie übten sich hier vorhin in bekannter Manier im Verbreiten allgemeiner Floskeln. Und was für ein schlechter Schauspieler Sie sind, offenbarte sich spätestens den Mecklenburgern, als Sie noch kurz vor Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten Ihre Familie regelrecht benutzten und den treu sorgenden Familienvater spielten, aber wenige Wochen danach schon, dem Zeitgeist frönend, ganz andere Wege gingen.

Herr Sellering, mit Ihren Einlagen und Taschenspielertricks bei der Einbringung des vorgelegten Doppelhaushaltes können Sie uns – und ich bin sicher, auch die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern – nicht mehr beeindrucken. Wir von der NPD verlangen, und dies beantrage ich hier im Namen meiner Fraktion, dass der Haushaltsplan 2011 aufgrund eines offenkundigen Verstoßes gegen die gebotene Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nicht verabschiedet werden kann. Ihr Haushaltsentwurf birgt so große Risiken in sich, dass der Landtag, wenn er wirklich seine Kontrollfunktion ernsthaft wahrnehmen will, unserem Begehren zustimmen müsste.

Ein Haushalt hat im Übrigen auch eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Volkswirtschaft – Sie träumen weiterhin von der all glückselig machenden Globalisierung. Und wenn es mal nicht so läuft und die Firmen regelrecht vor Ihrer Politik aus dem Lande flüchten, sozusagen die Globalisierung in die andere Richtung stattfindet, dann meinen die Parteigänger der CDU auch noch die Bürger anderer Länder beleidigen zu müssen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie sind ja ein großer Nationalist.)

Ich habe nicht vor, das hier zu wiederholen, was der Parteifreund der CDU, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Herr Rüttgers, zu der Arbeitsmoral der Rumänen gesagt hat. Aber es ist Ihre Politik, Masseneinwanderung ins soziale Netz der Deutschen zu organisieren und dann zu beklagen, dass nicht der Mittelstand, sondern die Multis ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagern. Warum ist denn Nokia nach Rumänien gegangen? Weil man so wunderschön Doppelfördergelder abgreifen konnte, wie das bei uns auch bei den Wadan-Werften geschehen ist und weiter geschehen wird. Und jetzt produziert Nokia eben in Rumänien. Die maschinellen Anlagen und das Know-how hat man natürlich mitgenommen, genauso wie Yusufov, der neue russische Komet am Investorenhimmel in Mecklenburg-Vorpommern, das Know-how und die maschinellen Anlagen nach Fertigstellung der Staatswerft in Sankt Petersburg abtransportieren wird und die Produktion nach Russland verlegt.

Es ist schon eine dreiste Lüge des nordrhein-westfälischen CDU-Ministerpräsidenten, zu behaupten, die rumänischen Arbeiter seien faul, kämen, wann sie wollten, und gingen, wenn sie keine Lust mehr hätten. Und gerade das unterscheidet uns von Ihnen.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
Harry Glawe, CDU, und
Irene Müller, DIE LINKE)

Wir diffamieren die Leistungen fremder Völker nicht, sondern wir verlangen in Deutschland ganz einfach Arbeitsplätze zuerst für Deutsche,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

sind gegen den Import von Lohndrückerbanden aus ganz Europa und gegen den Export von deutschem Know-how in die ganze Welt.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Nokia!)

Herr Wirtschaftsminister Seidel, in einer Diskussion mit Ihnen über die Globalisierung entgegneten Sie mir einmal: „Herr Pastörs, Sie haben die Globalisierung total nicht verstanden."

(Irene Müller, DIE LINKE:
Haben Sie ja auch nicht. Nokia ist
überhaupt keine deutsche Firma.)

Was Sie davon verstehen, sieht man an den Ergebnissen Ihrer wirtschaftspolitischen Realitäten hier in Mecklenburg-Vorpommern und an dem uns vorgelegten Haushalt. Ihre Politik führt in den Ruin und ins wirtschaftspolitische wie auch finanzpolitische Chaos.

Ihr vorgelegter Haushalt wird schon Ende nächsten Jahres reine Makulatur sein, Herr Glawe. Wir hatten gestern die öffentliche Anhörung zum Finanzausgleichsgesetz. Alle Vertreter der Kommunen haben einstimmig betont, dass sie am Ende ihrer finanziellen Leistungskraft angekommen sind. Wenn Sie nicht allein schon in diesem Bereich massive Haushaltserhöhungen um die 30 bis 50 Millionen Euro bereitstellen, kommt es zum Kollaps in der Fläche des Landes. Aber selbst dies wäre nur eine Verschiebung des Totalzusammenbruchs im öffentlichen Sektor.

Was wir brauchen, ist eine grundlegende, von der Wurzel ausgehende Umkehr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir brauchen eine raumorientierte Volkswirtschaft und keinen globalisierten Markt, in dem die Völker rein um des Profitwillens schutzlos einer globalen Konkurrenzsituation ausgeliefert werden. Sie betreiben hier im Land wie im Bund längst eine Politik wie in den letzten Jahren der DDR. Das Spitzel- und Denunziantentum wird immer stärker entwickelt. Die DDR ist letztlich wirtschaftlich zusammengebrochen und konnte sich in die Einheit Deutschlands retten und das BRD-System war froh, noch einmal für wenige Jahre einen wirtschaftlichen Absatzmarkt vor der Haustür erschließen zu können.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Diese Möglichkeit, meine Damen und Herren, ist Ihnen beim nächsten Kollaps verwehrt.

Anstatt eine Politik mit Augenmaß und Zukunftsplanung für uns Deutsche zu betreiben, reden auch Sie hier im Landesparlament der rigorosen Osterweiterung das Wort. Sie haben dem deutschen Volk die D-Mark geraubt, ohne es zu fragen. Sie beteiligen sich an Angriffskriegen der USA, ohne das deutsche Volk zu fragen, und belasten es damit moralisch,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

aber auch finanziell in Milliardenhöhe. Aus Ihrer wirtschaftspolitischen Unfähigkeit ist der Zwang erwachsen, das Hartz-IV-Verbrechen begehen zu müssen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Er soll mal zur Sache sprechen!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs, Sie haben zum Thema Haushalt zu sprechen. Ich bitte Sie, zum Thema zurückzukommen.

Udo Pastörs, NPD: Das ist der Haushalt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nicht der
Haushalt. Erzähl doch nicht so einen Quatsch!)

wenn Milliarden Euro, Frau Präsidentin, durch die Aktivitäten der Bundeswehr in Afghanistan hier zu Buche schlagen.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist der Haushalt. Aber …

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Beruhigen Sie sich! Beruhigen Sie sich!

Aber die durch Sie perspektivlos gemachten Bürger lassen sich mit 350 Euro Hartz IV nicht ewig ruhig halten. Die Stunde der Wahrheit kommt so sicher wie das Amen in der Kirche. Wenn nach der Bundestagswahl in den Betrieben die Entlassungswelle rollt, die Bundesregierung ihre bereits in der Schublade liegenden geheimen Steuererhöhungspläne, wie bekannt geworden ist, auf den Tisch legen muss und der Puffer der staatlich finanzierten strukturellen und betriebswirtschaftlichen Kurzarbeit verbraucht ist, dann werden wir sehen, wen das Volk 2011 hier in Mecklenburg-Vorpommern wählen wird. Wir sind gespannt, mit wie viel neuen Hunderten von Millionen Euro Schulden und signifikant steigender Arbeitslosigkeit Sie in das Wahljahr 2011 gehen werden.

Ich verspreche Ihnen, dass wir von der NPD jede Chance nutzen werden, den Protest gegen Ihre Politik aus dem Parlament auf die Straße zu tragen, und jede Chance nutzen werden, den Menschen im Lande die Informationen zu geben, die Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, dem Volk gezielt vorenthalten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist beendet.

Udo Pastörs, NPD: Mein letzter Satz.

Wie sagte nicht so schön gestern ein Bürgermeister bei der öffentlichen Anhörung? Zitat: „Der Gesetzentwurf ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht."

(Wolfgang Griese, DIE LINKE:
Er redet trotz der roten Lampe.)

Das war kein NPD-Bürgermeister, den gibt es ja leider noch nicht,

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU – Zuruf
von Ilka Lochner-Borst, CDU)

aber den Ausführungen schließt sich meine Fraktion ausdrücklich an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Pastörs,

(Udo Pastörs, NPD: Gnädige Frau!)

aufgrund der Kritik an meiner Amtsführung erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf, ebenfalls wegen der persönlichen Beleidigung einiger Abgeordneter unseres Parlamentes.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Da Sie jetzt schon den zweiten Ordnungsruf erhalten haben, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihnen entsprechend Paragraf 98 bei einem dritten Ordnungsruf das Wort entzogen wird.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsi…! Oh, das wäre beinahe schiefgegangen! Den Wechsel habe ich im Rücken nicht ganz so mitverfolgen können.

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In dieser wirtschaftlich schwierigen und durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägten Zeit legt heute, Sie haben es alle schon bemerkt, die Große Koalition ihren zweiten gemeinsamen Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2010/2011 vor.

Ich finde, auch in solchen Zeiten kann man ruhig einmal auf etwas Positives eingehen. Deshalb möchte ich zu Beginn von hier oben ganz herzlich der Frauenfußball-Nationalmannschaft zu ihrem 6:2 gratulieren und damit zum erneuten EM-Titel.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich würde jetzt auch die Brücke zum Haushalt schlagen. Vielleicht beflügelt uns das bei der Diskussion um die Sportförderung hier im Haus, wenn dabei so gute Ergebnisse herauskommen.

Der Fraktionsvorsitzende meiner Fraktion hat bereits auf die wichtigen Eigenschaften, die dieser Haushaltsentwurf hat, hingewiesen. Er ist solide und, um sich an die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung anzupassen, konservativ gerechnet.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wie auch schon im letzten Doppelhaushalt ist es weiterhin das übergeordnete finanzpolitische Ziel der Landesregierung, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Das ehrgeizige, aber angesichts der Schuldenlast notwendige Ziel, nicht nur auf neue Schulden zu verzichten, sondern gleichzeitig Schulden zu tilgen, wurde bisher konsequent verfolgt. So konnten in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 insgesamt 340 Millionen Euro zum Abbau der Schulden verwendet werden. Durch diese Maßnahmen hat sich Mecklenburg-Vorpommern, wie schon von meinen Vorrednern ausgeführt, im Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer auf den fünften Platz vorgearbeitet.

Herr Holter ist leider nicht mehr im Raum, trotzdem möchte ich kurz darauf eingehen. Er hat ja hier … Entschuldigen Sie, Herr Holter, ich sehe Sie. Sie haben ja darauf hingewiesen, dass Sie unter bestimmten Bedingungen eine weitere Verschuldung nicht ausschließen würden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich habe
in der Zeitung gelesen, die CDU auch.)

Ich persönlich als junger Mensch verstehe das immer so: Wir nehmen einen Kredit auf, sanieren von mir aus damit eine Schule. Der junge Schüler kommt morgens in die Schule und sagt: Das ist alles ganz toll. Wenn er nachmittags die Schule verlässt, müssen wir seinen Ranzen mit einem großen Schuldenberg füllen und er muss selbst sehen, wie er das später zurückzahlen kann. Das halte ich nicht für eine zukunftsorientierte Politik.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Selbst Ihr Fraktionsvorsitzender hat das nicht
ausgeschlossen. – Helmut Holter, DIE LINKE:
Investitionen in die Zukunft, Neuverschuldung.)

Das machen wir, aber wir machen es ohne Neuverschuldung, Herr Holter. Und das halte ich auch für richtig so.

Die Entwicklungsaussichten für Deutschland sind aber gemäß der Prognose der Bundesregierung für 2009 so negativ wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik. Auch für die Jahre 2010 und 2011 sind die Erwartungen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise stark gedämpft. Die Maisteuerschätzung 2009 geht von erheblichen Mindereinnahmen aufgrund der Krise aus. Hinzu kommen die Ausfälle durch steuerliche Besserstellung, zum Beispiel durch die Konjunkturpakte I und II und die Wiedereinführung der Kilometerpauschale, die ich ausdrücklich begrüße.

Das Ziel, einen Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung in Mecklenburg-Vorpommern zu verhindern, wozu eine jährliche Tilgung von rund 100 Millionen Euro notwendig wäre, kann unter diesen Bedingungen derzeit in der Haushaltsplanung nicht dargestellt werden. Mecklenburg-Vorpommern gehört mit dem letzten Doppelhaushalt unter anderem neben Bayern und Sachsen zu den Ländern, die bereits einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben. Dieses haushaltspolitische Ziel soll auch im aktuellen Doppelhaushalt erreicht werden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber doch nicht
zulasten der Kommunen und der Menschen.)

Um Nettokreditaufnahmen nach 2010 und 2011 zu vermeiden, ist es notwendig, zusätzliche Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 428 Millionen Euro vorzunehmen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, dann ist sie aber leer.)

Dieses Vorgehen ist notwendig und richtig, meine Damen und Herren.

Durch das konservative Rechnen ergeben sich gegebenenfalls auch noch Handlungsspielräume im laufenden Haushaltsjahr. Im Rahmen des Abschlusses 2009 ist es unserer Einschätzung nach ein positives Ergebnis, niedrigere Zinsaufwendungen zu erwarten. Mögliche Überschüsse aus diesem Jahr 2009 könnten zum Beispiel zur einen Hälfte in die Rücklage und zur anderen Hälfte in die kommunale Infrastruktur fließen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich glaube,
das sieht das Finanzministerium etwas anders.)

Zur Systematik des Haushaltes ist positiv anzumerken, dass der Entwurf auf dem Weg zur Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ein gutes Stück vorangekommen ist. Allerdings sind in Einzelfällen noch Unklarheiten abzustellen. Es wäre zum Beispiel gut, wenn das Finanzministerium künftig mehr darauf achtet, dass die einheitliche Struktur eingehalten wird, um die Ansätze der einzelnen Häuser vergleichbar zu machen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Hört, hört! Schon wieder Kritik aus der Koalition am Haushalt.)

Auch muss dem Grundsatz, dass neue Haushaltstitel einer Begründung bedürfen, genauso zum …

Es ist keine Kritik, Herr Holter, das ist ein Hinweis und das wird erlaubt sein.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ach, so heißt das bei Ihnen.)

… Durchbruch verholfen werden, wie dem generellen klareren Begründungszwang. Immer noch gibt es einzelne Haushaltstitel, die unzureichend oder gar nicht erläutert sind. Hier bin ich mir aber sicher, dass in enger Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium unkompliziert Abhilfe geschaffen werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte im Folgenden auf einige Punkte, aus meiner Sicht bedeutende Punkte, des vorliegenden Haushaltsentwurfs eingehen:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich finde, Sie können aufhören!)

Erstens zum E-Government: Ich bin der Meinung, dass die Einführung der Computertechnik natürlich einen großen Sprung in Richtung von mehr Effizienz bei Verwaltungsabläufen bedeutet. Allerdings sind die Einsparpotenziale, die sich durch diese Effizienzsteigerung ergeben, wohl nicht immer ohne Weiteres zu realisieren. Die Gesamtausgaben für elektronische Datenverarbeitung und E-Government steigen nach wie vor an. So sollen die Gesamtausgaben in diesem Bereich 2009 67,3 Millionen Euro betragen, in 2010 sind hierfür 71,1 Millionen Euro und 2011 sogar 72,6 Millionen Euro vorgesehen. Diese Mittel sind weitgehend für die laufende IT-Anwendung und deren Weiterentwicklung vorgesehen. Hinzu kommen für die Umsetzung von ressortübergreifender IT-Infrastruktur noch mal 24,8 Millionen Euro in 2010 und 26,3 Millionen Euro in 2011.

Meine Damen und Herren, damit liegen wir im Jahr 2011 bei knapp 100 Millionen Euro Ausgaben für IT. Hier muss meiner Meinung nach noch deutlicher werden, wo durch den steigenden Einsatz von IT Einsparungen erzielt werden können. So ist darauf zu achten, dass die bereits weitgehend vollzogene Umstellung auf IT-Telefonie auch schon vor dem Abschluss dieses Prozesses im Jahr 2002 zu Kosteneinsparungen führt.

Ein Nächstes, die Verkehrsinfrastruktur: Die Entwicklung einer modernen Verkehrsinfrastruktur muss auch in den kommenden Jahren weiterhin konsequent vorangetrieben werden. Im Doppelhaushalt sind hier für den kommunalen Straßenbau wie auch in den Vorjahren 17,5 Millionen Euro vorgesehen. Der Aus- und Umbau sowie die Instandhaltung von Landesstraßen werden mit circa 50 Millionen Euro weiterhin finanziert.

Ein Schwerpunkt besteht außerdem im Ausbau der Hafeninfrastruktur. Vorgesehen sind dazu neben Mitteln aus dem EFRE und dem Hafenlastenfonds des Bundes auch Landesmittel sowie Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm. Damit muss sichergestellt werden, dass die Häfen im Land dem prognostizierten Wachstum von fünf Prozent gewachsen sind.

Der Tourismus ist für unser Bundesland von überragender Bedeutung. So ist durch die positive Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig ein Abfedern der Folgen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise möglich gewesen, wie es auch wieder in den Arbeitsmarktzahlen für August deutlich wurde. Die Förderung des Tourismus muss daher ein wichtiger Schwerpunkt im Haushalt bleiben. Im Doppelhaushalt 2010/2011 sind für touristische Infrastruktureinrichtungen in ländlichen Gebieten, wie Verkehrsverbindungen und Parkplätze, die die Erreichbarkeit natürlicher Erholungsgebiete ermöglichen, oder Investitionen in die Fremdenverkehrsorte immerhin 8,9 Millionen Euro aus dem ELER eingestellt. Die Kofinanzierung in Höhe von zusätzlich 25 Prozent ist ebenfalls vorgesehen.

Dazu kommt die Förderung des Landestourismusverbandes, die im Entwurf für die Jahre 2010 und 2011 mit 700.000 Euro pro Jahr und damit um 150.000 Euro aufgestockt wurde. Das begrüße ich auch als Vorsitzender des Tourismusverbandes Mecklenburgische Schweiz ausdrücklich. Diese Maßnahmen sind für unser Bundesland wichtig, denn nur durch sie kann auch in Zukunft die positive Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges ermöglicht werden.

Die Förderung von Land- und Forstwirtschaft ist für ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern auch von besonderer Bedeutung. Dies gilt schon deswegen, weil unser Bundesland sehr ländlich geprägt ist. Daher sind die Mittel aus den Förderbereichen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und den Schwerpunkten des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern richtig eingesetzt. Insgesamt stehen 2010 und 2011 jährlich rund 130 Millionen Euro zur Verfügung.

Auch die Fischereiwirtschaft spielt in Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Rolle. Gerade in Zeiten, in denen Fangquoten drastisch gekürzt werden, ist es wichtig, die Fischer zu unterstützen. Um diese gewachsenen Strukturen zu erhalten, werden aus dem Europäischen Fischereifonds Landes- und EU-Mittel in Höhe von jährlich 11,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl um unser Bundesland weiterhin touristisch noch attraktiver zu gestalten

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

als auch um die Lebensqualität der Anwohner zu steigern, sind städtebauliche Maßnahmen weiterhin notwendig. So sollen durch den Einsatz von EFRE-Mitteln die Entwicklung und Stärkung der Innenstädte, die Anbindung von historischen Stadtkernen an Häfen und Wasserkanten in räumlicher Nähe sowie die Entwicklung von Brachflächen in Sanierungs-, Entwicklungs- und Fördergebieten vorangetrieben werden. Die Städtebauförderung und der Stadtumbau Ost werden weiter auf hohem Niveau festgesetzt. Das landeseigene Städtebauförderprogramm wird verstärkt vorangetrieben, um die gemeinsamen Bund-Länder-Programme zu ergänzen. Dabei dürfen aus meiner Sicht auch die kleineren Städte im ländlichen Raum mit ihrem historischen Stadtkern nicht weiter vergessen und müssen dringend unterstützt werden.

Die Wohnraumförderung liegt durch die Föderalismusreform seit zwei Jahren in der Zuständigkeit der Länder. Das Wohnraumförderungsprogramm des Landes beträgt jährlich 11,5 Millionen Euro. Durch diese Mittel sollen die Modernisierung und Instandsetzung des Bestandes, die Schaffung barrierefreier Wohnungen sowie die Wohnqualität durch die Gewährung von zinsgünstigen

Darlehen gefördert werden. Durch die Schaffung eines Sondervermögens Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern, in das die Rückflüsse aus den Wohnraumförderdarlehen fließen, wurde die Grundlage zur Finanzierung einer eigenständigen Wohnraumförderung des Landes geschaffen. Durch diese Maßnahmen können die sozialpolitischen Erfordernisse wie auch die bauliche Zielsetzung in unserem Bundesland erfüllt werden.

Der Klimaschutz ist heute ein vordringliches Ziel geworden. Gerade als Bundesland mit einer ausgedehnten Küste ist es für Mecklenburg-Vorpommern wichtig, sich an der Umsetzung klimapolitischer Zielsetzungen aktiv zu beteiligen. Daher ist die Bereitstellung von jährlich 3,8 Millionen Euro zu diesem Zweck zu begrüßen.

Kritischer sind die Ausgaben zur Umsetzung des Moorschutzkonzeptes und der Seesanierung zu sehen. Aus Landes- und EU-Mitteln werden dazu jährlich 7,6 Millionen Euro bereitgestellt. Ob diese Mittel im Einzelfall notwendig sind, ist jeweils gründlich zu prüfen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Moorschutz ist wohl doch Klimaschutz.)

Die Gesundheitspolitik: Mecklenburg-Vorpommern als das Gesundheitsland braucht eine effiziente Gesundheitspolitik. Um diese zu gewährleisten, sind in den Jahren 2010 98,2 Millionen Euro und 2011 73,1 Millionen Euro im Bereich der Krankenhausfinanzierung vorgesehen. Durch diese Maßnahmen kann die Krankenhausinfrastruktur in unserem Land weiter auf einem guten Niveau gehalten werden. Dies ist für die Versorgung unserer Bürger von großer Bedeutung.

Ein Schwerpunkt im Doppelhaushaltsentwurf, und darauf haben heute schon fast alle Redner der Großen Koalition hingewiesen, ist die Stärkung von Familie und Bildung.

(Mathias Brodkorb, SPD:
Komm mal zum Ende!)

Im Bereich der Familienpolitik hat die Große Koalition darauf hingewirkt, dass im Rahmen des KiföG die Mittel zur Beteiligung an der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege erhöht werden. Im Haushaltsjahr 2010 steigen sie um 5 Millionen Euro auf 92,5 Millionen Euro. Der Gesamtbetrag für diese Förderung wird jeweils in den folgenden Haushaltsjahren um zwei Prozent dynamisiert. Hinzu kommt die Befreiung von bedürftigen Eltern von den Kosten für Mittagsversorgung und der Kindertagesbetreuung. Hierzu werden auch weiterhin jährlich 14,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Zur Förderung von Kindern in Bedarfslagen stehen 2010 insgesamt 4,2 Millionen Euro zur Verfügung und ab 2011 jährlich 10 Millionen Euro.

Durch diese Mittel ist gewährleistet, dass auch schon die Jüngsten in unserem Bundesland von Anfang an gefördert werden können. Die Entwicklung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen ist gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern eine enorm wichtige Aufgabe.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Dass sie erfüllt werden kann, ist durch die Schwerpunktsetzung in dem vorgelegten Haushaltsentwurf gesichert. Über diese Fördermaßnahmen hinaus werden durch das Land Bundesmittel für Investitionen im Bereich von Kindertagesstätten an die Kommunen weitergereicht. Diese belaufen sich im Jahr 2010 auf 6,6 Millionen Euro und im Jahr 2011 auf 6,4 Millionen Euro. Durch diese Fördermaßnahmen können auch für die Zukunft die im Bundesdurchschnitt hohen Betreuungszahlen durch Kindertagesstätten gehalten und ausgebaut werden.

Investitionen in Schulen sind für Mecklenburg-Vorpommern ganz besonders bedeutsam. Ein hohes Ausbildungsniveau muss in unserem Bundesland oberste Priorität haben. Nur durch kluge Köpfe haben wir Chancen, trotz einer verhältnismäßig geringen industriellen Basis in Zukunft wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass im Haushaltsentwurf aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Schülerzahlen ab dem 01.01.2010 die Ausbringung von 227 neuen Stellen an den Schulen im Land vorgesehen ist. Im folgenden Jahr ist ein weiterer Anstieg der Schülerzahlen im allgemeinbildenden Schulbereich zu erwarten. Deshalb werden noch einmal 59 Stellen finanziert.

Mittelfristig ist weiterhin von einem leichten Anstieg der Schülerzahlen auszugehen. Auch wenn die Schüler-Lehrer-Relation in moderater Weise an die Quote der westlichen Flächenländer angeglichen werden soll, müssen daher mittelfristig zumindest gleichbleibende Stellenzahlen gewährleistet sein. Lediglich im beruflichen Schulbereich fallen Stellen weg, im Gesamtsaldo allerdings erst ab 2011. Das ist mit dem prognostizierten Schülerrückgang in diesem Bereich zu erklären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt ist es sehr zu begrüßen, dass aufgrund der Schwerpunktsetzung der Großen Koalition jährlich Mehrausgaben von 15 Millionen Euro im Schul- und Kita-Bereich eingeplant sind. Davon werden beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 jährlich 10 Millionen Euro für die Qualitätsverbesserung im gesamten Schulbereich bereitgestellt. Darüber hinaus stehen 5 Millionen Euro pro Jahr für die Mehrbedarfe aufgrund der steigenden Schülerzahlen zur Verfügung. Über unser Lehrerzukunftsprogramm haben wir heute schon einiges gehört, deshalb möchte ich das nicht noch mal ausführen. Mit der Schwerpunktsetzung in diesem Bereich wird durch die Koalition auf das richtige Pferd gesetzt. Sie fällt mit Mehrausgaben von 15 Millionen Euro im Schulbereich trotz der angespannten wirtschaftlichen Situation eindeutig aus. Dies ist eine Investition in die Zukunft unserer Schüler und damit in die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern.

Die Hochschulpolitik ist ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern von überragender Wichtigkeit, um unser Bundesland zukunftsfähig zu halten. Insofern ist es zu begrüßen, dass die Hochschulen als wesentlicher Schwerpunkt der Bautätigkeit des Landes mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden. Im laufenden Jahr stehen dafür noch 75 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel werden 2010 auf 112 Millionen Euro und 2011 auf 106 Millionen Euro erhöht. Darin sind rund 57 Millionen Euro für Baumaßnahmen und Ersteinrichtungen im Hochschulbau aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend noch einmal darauf hinweisen, dass die SPD-CDU-Regierung es geschafft hat, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Zeiten einen soliden, konservativ gerechneten und vor allem ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Darauf darf man durchaus stolz sein. Allerdings können wir uns jetzt nicht ausruhen. Die Anstrengungen müssen aufgrund der Gesamtlage weitergehen.

So nehmen bekanntermaßen die Mittelzuweisungen von Bund und EU immer stärker ab. Nach 2019 muss Mecklenburg-Vorpommern dann schließlich ganz auf eigenen Beinen stehen. Dafür wird diese Koalition im Land auch weiterhin die Voraussetzungen schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles in allem denke ich, dass die Landesregierung mit dem vorgelegten Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 eine richtige und zukunftsweisende Vorlage erarbeitet hat. Für die nun anstehenden Beratungen in den Fachausschüssen ist diese Vorlage eine gute Basis. Ich wünsche uns einen intensiven, durchaus streitbaren Gedankenaustausch und bitte Sie, der Überweisung zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Jetzt Stimmung!)

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir scheint, die Landesregierung setzte bei der Erarbeitung des Doppelhaushaltes ganz auf das Prinzip Hoffnung. Sie hofft, dass die Auswirkungen der Krise auf unser Land, auf die Wirtschaft, auf die Kommunen, die Einwohnerinnen und Einwohner schon nicht so schlimm sein werden, sie hofft, dass die Steuereinnahmen ab 2012 wieder steigen werden, sie hofft, dass die Kommunen die geplanten Mindereinnahmen und vorhersehbaren Mehrausgaben schon irgendwie schultern werden, sie hofft, mit zurückhaltendem Agieren und dem Beharren auf den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages den Anforderungen der kommenden zwei Jahre gerecht zu werden, und sie hofft scheinbar auch, dass sich die Opposition dieser Sachzwanglogik nicht entziehen können wird.

(Egbert Liskow, CDU: Hoffen wir. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Nun, und die Debatte hat es bisher schon gezeigt, dem ist nicht so. Ob wir mit diesem Haushaltsentwurf, meine Damen und Herren, mit einem blauen Auge, also ohne weitere drastische Kürzungen im Haushalt davonkommen werden, wird sich bei der nächsten Steuerschätzung zeigen. Dann werden wir sehen, wie belastbar die vorgelegten Zahlen dieses Haushaltsentwurfes sind.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sicher ist aber, meine Damen und Herren, die Ausgaben des Landes und der Kommunen werden steigen, steigen im Gefolge der Krise, steigen aufgrund der demografischen Entwicklung, steigen, weil viele Beschäftigte bei uns im Land zu Niedrigstlöhnen arbeiten und aufstockende Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten müssen, steigen, weil sich Bund und Land aus ihrer Pflicht zur Finanzierung der Daseinsvorsorge immer weiter zurückziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Die Werftenkrise, meine Damen und Herren, wird möglicherweise noch eine riesige haushaltspolitische Herausforderung, aber selbst dieser offensichtlichen Herausforderung begegnet die Landesregierung nur mit einem „Weiter so!“ Der Ministerpräsident gar sprach vom Kurshalten. Die Landesregierung hat kein strategisches Konzept für den Erhalt der Werften, geschweige denn den Willen, die Werftenkrise zu nutzen, um die Standorte zukunftsfähig zu machen, sie sozial und ökologisch umzubauen.

Ja, meine Damen und Herren, vorsorglich wurde im Landeshaushalt ein Puffer angelegt für schlechte Zeiten. Allerdings konnten viele Kommunen für die bevorstehenden schlechten Zeiten keine Vorsorge treffen, nicht, weil sie es versäumt hätten oder es nicht wollten, sondern in der Regel deshalb, weil sie ihre Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge ernst genommen und wenige Möglichkeiten haben, ihre Einnahmesituation zu verbessern. Weniger Einnahmen für die öffentliche Hand sind aber nur die eine Seite der Medaille. Wir müssen auch mit deutlich höheren Sozialausgaben rechnen, insbesondere beim Wohngeld und bei den Kosten der Unterkunft. Und hiervon sind wieder die Kommunen am stärksten betroffen.

Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen die Kommunen in den nächsten Jahren unbedingt eine stabile Finanzausstattung, das hat auch die gestrige Anhörung zum FAG deutlich gemacht. Wir halten es für notwendig, die Finanzausgleichsleistungen für die Jahre 2010 und 2011 auf dem Niveau von 2009 zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, „Investitionen in Grips, statt in Gips“, wie es jüngst der DIW-Präsident Klaus Zimmermann formuliert hatte, müssen Priorität haben. Wie richtig! Aber es bringt nichts, wenn man diese Losung immer nur vor sich her trägt, sondern es kommt darauf an, diesem Anspruch auch tatsächlich gerecht zu werden. Aber hierzulande bleibt es wieder nur bei der gewohnten Ankündigungspolitik.

Sie wollen Beispiele? Ich sage nur „Kinderland Mecklenburg-Vorpommern“. Dazu hieß es in der Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 21.04.2009, ich zitiere: „‚Mit der geplanten Novellierung des … (KiföG-MV), das Mitte 2010 in Kraft treten soll, werden wir als Land zum einen die erhöhte Inanspruchnahme von Kita-Plätzen finanziell ausgleichen, um Kommunen und Eltern sofort und unmittelbar zu entlasten. Zum zweiten wollen wir an qualitativen Standards arbeiten, die bei der frühkindlichen Förderung benachteiligter Kinder angewandt werden sollen.‘“ Zitatende. Geblieben ist von dieser Ankündigung im Doppelhaushalt gerade mal ein Ausgleich dessen durch die Landesregierung, was schon in den letzten Jahren an zusätzlichen Belastungen hinzugekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Wir gehen davon aus, dass die Haushaltsansätze für 2010 und 2011 nicht ausreichen werden, um die steigenden Kosten pro Platz für die Kindertagsbetreuung auch nur annähernd auszugleichen. Da die Gemeinden in den kommenden Jahren mit weniger Einnahmen rechnen müssen, ist bei vielen die Schmerzgrenze erreicht und sie werden die gestiegenen Kosten an die Eltern weiterreichen. Zu erklären, wie unter diesen Umständen höhere Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung mit dem Anspruch, ein kinder- und familienfreundliches Land zu sein, in Übereinstimmung zu bringen sind, das bleibt den Koalitionsfraktionen und der Regierung überlassen.

Ein zweites Beispiel, meine Damen und Herren: Landesregierung und Koalition haben in den letzten Wochen mehrfach betont, dass für schulische Bildung zukünftig mehr Geld ausgegeben wird. Im Einzelplan des Bildungsministeriums finden wir folgerichtig auch eine neue Maßnahmegruppe mit der Bezeichnung: „Qualitätsverbessernde Maßnahmen im Schulbereich“. So weit, so gut. Für das Haushaltsjahr 2010 sind an dieser Stelle 4,2 Millionen Euro, für 2011 noch mal 10 Millionen Euro, also zusammen 14,2 Millionen Euro eingestellt. Zieht man die bereits erfolgten Kürzungen im Bereich der Vorschule ab, bleiben nur noch 12,2 Millionen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ach so? Hört, hört!)

Und, meine Damen und Herren, schauen wir noch einmal genauer hin, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Die zusätzlichen Mittel – 5 Millionen –, die angeblich für die nachhaltige Sicherung der Qualitätsstandards eingesetzt werden, sind einfach nur Mittel, die für die Sicherung des Status quo genommen werden,

(Regine Lück, DIE LINKE: Nix obendrauf.)

und eben keine Verbesserung der Qualität, wie sie vollmundig verkündet wurde und wie sie auch dringend notwendig wäre.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ähnlich undurchsichtig verhält es sich mit der Finanzierung des Junglehrerprogramms. Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit lassen grüßen, wahrscheinlich aus der Verbannung.

Auch im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes, meine Damen und Herren, sind wir auf einige interessante Sachverhalte gestoßen und einen möchte ich Ihnen wirklich nicht ersparen. Wie wir ja schon der Presse entnehmen konnten, soll im Bildungsministerium eine neue Stelle eines B2-dotierten Landesschulrates eingeführt werden. Begründet wird das mit höherer Verantwortung und einem Mehraufwand an Steuerung und Koordinierung in der oberen Schulbehörde.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Die Selbstständige Schule.)

Die Arbeitsaufgaben für die neue Stelle: sehr spannend, nämlich die Gewährleistung der schwierigen Aufgabe der Qualitätsentwicklung und Sicherung an der Selbstständigen Schule.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Für die Selbstständige Schule.)

Und es soll dafür Sorge getragen werden, dass die Arbeit der Schulämter dem Zweck des Gesetzes entsprechend durchgeführt wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Schön.)

Aha! Wir halten diese Stelle schlicht für einen Witz.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Selbstständige Schule, meine Damen und Herren, bedeutet doch wohl die Verlagerung von Aufgaben aus dem Ministerium und den staatlichen Schulämtern an die Schulen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Konsequenz daraus wäre nach meinem Verständnis eine Stellenreduzierung in der oberen Schulbehörde.

(Michael Roolf, FDP: Genau so.)

Hier passiert aber offensichtlich genau Gegensätzliches.

(Michael Roolf, FDP: Genau so.)

Es wird eine neue Kontrollinstanz eingeführt. Oder soll hier etwa ein neuer Versorgungsposten eingerichtet werden?

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ob so oder so, diese Stelle ist völlig überflüssig.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Schauen wir mal!)

Das Geld gehört an die Schulen und nicht in das Ministerium.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Verlassen wir jetzt den Bereich der Ankündigungen, meine Damen und Herren, und kommen zu den wirklichen Herausforderungen des Lebens, zum Beispiel die Auswirkungen durch den demografischen Wandel, der auch vor unserem Land nicht haltmacht und der eigentlich ein praktisches Umsteuern in den unterschiedlichsten Politikfeldern geradezu herausfordert. Was also plant die Landesregierung in diesem Doppelhaushalt, um dem aktiv zu begegnen? Nachdem Regierung und Koalition bereits das Landesblindengeld gekürzt haben – und, in Klammern, die daraus folgenden finanziellen Belastungen klammheimlich an die Kommunen weitergereicht haben –,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Na,
das wollten sie ja gar nicht hören.
Das ist ja alles nicht wahr.)

werden jetzt mit dem Haushaltsentwurf die Zuschüsse für Einrichtungen der Altenhilfe und für Menschen mit Behinderungen um 310.000 Euro abgesenkt. So viel zum Gegensteuern.

Eine weitere Herausforderung, der sich die Koalitionsfraktionen angenommen haben, meine Damen und Herren, ist die Sportförderung. Auf der hat sich ja gestern auch Herr Glawe getummelt – zumindest pressemäßig.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Böse, böse.)

Denn hier wird gekürzt, ohne Frage. Ich zitiere Herrn Glawe:

(Heinz Müller, SPD: So kenne ich
Sie ja gar nicht, Frau Schwebs.)

„Die Frage ist nicht nur, ob man spart, sondern man muss auch Zukunft gestalten“, gestern im „Nordkurier“.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wohl wahr, Herr Glawe. Genau deshalb hatten wir in den letzten Haushaltsberatungen beantragt, die Fördersumme im Sportfördergesetz zu erhöhen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Irene Müller, DIE LINKE:
Das ist ein sehr verstecktes Talent.)

um dem Sport finanzielle Planungssicherheit zu gewährleisten. Das hatten die Koalitionsfraktionen damals abgelehnt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, hört, hört! So ist das. –
Regine Lück, DIE LINKE: So ist das.)

So viel, meine Damen und Herren, zum klaren Kurs von Regierung und Koalition.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal etwas Generelles zur angekündigten Personalentwicklung sagen. Mein Kollege Helmut Holter hat bereits deutlich gemacht, dass wir zusätzliche pauschale Stellenstreichungen ablehnen, erst recht, wenn dem keine Aufgabenkritik vorangeht. Jede weitere Stellenkürzung im Bereich der Polizei halten wir beispielsweise für unverantwortlich.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Unangemessen und kontraproduktiv sind Personalkürzungen in den Nationalparken,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn bereits jetzt arbeiten die Mitarbeiter am Limit bei der Umweltbildung und leisten damit einen großen Beitrag zur Förderung des Tourismus.

Problematisch sind auch die Stellenkürzungen im mittleren Dienst im Justizvollzug. So reicht nicht mal die Verstärkung durch Personalabordnung bei den Sozialgerichten aus, um die Aufgabenfülle zu erledigen. Und, meine Damen und Herren, wo bleibt das Vertrauen in das Handeln von Polizei und Justiz, wenn an den Gerichten zwar Urteile gesprochen werden, aber nicht zeitnah schriftlich ausgefertigt werden können, weil kein Personal da ist?

Und selbst bei der neuen Verbraucherzentrale wird gespart. Eine halbe Stelle steht derzeit für die Beratung bei Finanzfragen für das ganze Land zur Verfügung –

(Regine Lück, DIE LINKE: Traurig, traurig.)

trotz gestiegener Verunsicherungen, trotz Finanz- und Wirtschaftskrise und obwohl Verbraucherinnen und Verbraucher nicht wissen, wo sie ihr Geld sicher anlegen können, damit sie privat für ihre Rente vorsorgen können und auch noch etwas davon haben, wenn sie denn das Geld benötigen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Das zu finanzierende Personal für Beratungen von derzeit gerade mal 10,2 Stellen soll auf 8,5 Stellen abgesenkt werden,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

und dies angesichts der deutlich gestiegenen Anforderungen an Verbraucherberatungen und Verbraucherschutz. Ich denke da nur an Fragen des Klimaschutzes und der Energieeffizienz.

Und damit, meine Damen und Herren, komme ich zu einem weiteren Tiefpunkt des Haushaltsentwurfes, nämlich zu Klimaschutz und Energieeffizienz. Denn nichts ist im Haushaltsentwurf zu finden von der Priorität der erneuerbaren Energien, wie der Ministerpräsident vorhin angeführt hat, im Gegenteil.

(Irene Müller, DIE LINKE: Warum auch?
Wir haben ja dieses Steinkohlekraftwerk.)

Wegen der zigfachen Überzeichnung des Programms

(Regine Lück, DIE LINKE: Trotz Klimagipfel.)

„Investitionspakt zur energetischen Sanierung sozialer Infrastruktur“ hat der Bund seine Mittel um 100 Millionen aufgestockt. Auch Mecklenburg-Vorpommern bekommt mehr. Allerdings scheinen der Landesregierung der Klimaschutz und die daraus resultierende Belastung für private und öffentliche Haushalte nicht so wichtig zu sein. Denn in den Haushaltsansätzen sind gerade mal die Hälfte der Mittel von 2008,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

etwas mehr als 1 Million Euro, eingestellt worden. Nach der Verwaltungsvereinbarung wäre durchaus ein anderer Finanzierungsschlüssel möglich und aus unserer Sicht dringend notwendig.

Also, langer Rede kurzer Sinn, meine Damen und Herren, wenn der Ministerpräsident am Anfang der Debatte ausführte, dass die Landesregierung mit diesem Haushalt die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre fortführt, dann erinnert mich das schon sehr an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“.

(Egbert Liskow, CDU: Er hat recht.)

DIE LINKE wird die Haushaltsberatungen nutzen, sich konstruktiv in die Debatten einzubringen, denn wie der Innenminister gestern richtig erkannte: Wunschdenken ist kein politisches Konzept. Und das gilt auch für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte natürlich nicht das gut Gesagte, was unser Fraktionsvorsitzender Herr Glawe und Herr Reinhardt hier schon vorgetragen haben,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Oh, schleim, schleim, schleim!)

noch verbessern, sondern ich möchte noch auf einige Sachen eingehen, die hier gesagt worden sind.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Gehen Sie wieder auf Ihren Platz!)

Da wir gerade vorhin von Herrn Holter eine hervorragende Propagandarede gehört haben, und Frau Schwebs hat ja versucht, die Sache etwas zu modifizieren,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Hat sie gut gemacht, ne?!)

möchte ich eindeutig noch mal sagen:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und
was haben Sie da entgegenzusetzen? –
Irene Müller, DIE LINKE: Nix.)

Wir wollten keinen Sparhaushalt machen unter Präsident Schweisfurth.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Aber Sie haben einen gemacht.
Sie wollten nicht, aber Sie haben.)

Es kann auch nicht in einer Zeit sein, in der wir in einer Krise sind, dass wir einen Sparhaushalt machen. Wir haben aus unserer Sicht einen soliden Haushalt aufgestellt und sind der Meinung,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Ihr Fraktionsvorsitzender hat
aber gesagt, wir müssen sparen.)

dass die Sachen, die schwerpunktmäßig hier gefordert sind, auch bedient werden. Natürlich hat das Parlament immer noch die Chance, das Recht und die Haushaltshoheit,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist aber nett. Das ist aber nett.)

und die Haushaltshoheit, Veränderungen vorzunehmen. Das ist in den letzten Jahren immer so passiert und das wird auch diesmal so passieren, dass wir vielleicht punktuell noch andere Schwerpunkte setzen und etwas umschichten werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Vielleicht hat die Regierung noch
ein paar Sparmaßnahmen vergessen.)

Herr Holter sprach von einem Haushalt des Versagens. Ich denke immer an den Haushalt 2004, der vom Verfassungsgericht kassiert wurde. Ich glaube, das war damals ein Haushalt des Versagens und nicht dieser aufgestellte Haushalt, den wir heute hier vorgelegt bekommen haben. Ich bin mit der Finanzministerin verhältnismäßig einig

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Verhältnismäßig! Oh, oh!)

und ich denke mal, man kann es auch unterstreichen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Nur verhältnismäßig! – Zuruf von
Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

man kann es unterstreichen, dass dieser Haushalt seriös aufgestellt worden ist und wir versucht haben, die Steuerschätzung so umzusetzen, dass der Haushalt solide aufgestellt ist. Ich denke, wenn man sich die Rede vom Fraktionsvorsitzenden der FDP anhört, dass er nicht ganz so viel von Haushaltspolitik versteht.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht
so viel wie Sie, das stimmt.)

Ja, davon gehen wir mal aus.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ich denke mal, wenn er sich mit einigen Punkten etwas mehr beschäftigen würde, dann würde er auch die Systematik des Haushaltes verstehen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Aus meiner Sicht war es ein Rundumschlag, den wir gewohnt sind von der FDP in der letzten Zeit.

(Rudolf Borchert, SPD: Zum Beispiel
die Berechnung von Zinsausgaben,
das hat er noch nicht verstanden.)

Ich bin aber der Meinung, dass wir hier versuchen sollten, konstruktiv in den Fachausschüssen die Themen zu beraten und entsprechende Vorschläge zu machen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Ich gehe davon aus, dass wir sehen werden in der Zukunft, dass diese Haushaltsaufstellung, so, wie schon von den Vorrednern gesagt worden ist von der FDP, nicht so von den LINKEN, aber von den Koalitionsparteien,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie
doch mal über die Greifswalder Streichliste!)

dass sie solide aufgestellt worden ist.

Ich möchte aber noch mal auf einen Punkt zurückkommen, der ja hier heute schon mehrmals angesprochen worden ist, das FAG. Das FAG ist natürlich ein Problempunkt, den wir gestern auch in der Anhörung wahrgenommen haben. Ich gehe davon aus,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben ihn
wahrgenommen, wir haben es nicht nur versucht.)

dass sich die Koalitionsfraktionen auch mit dieser Problematik

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Und jetzt sind Sie sich doch bestimmt
verhältnismäßig mit Herrn Caffier einig, oder?)

noch mal intensiv beschäftigen werden und entsprechende Vorschläge da unterbreiten werden. –

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nicht?)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Hallo, er kommt jetzt gerade rein.)

und wünsche dann noch ein angenehmes Wochenende.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Liskow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Liskow! Bevor Sie dann jetzt ins schöne Wochenende dürfen, müssen Sie sich noch von mir sagen lassen, ein Haushalt, ein öffentlicher Haushalt,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

sollte immer sparsam sein,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

in guten wie in schlechten Zeiten.

(allgemeine Unruhe)

Und der Doppelhaushalt 2010/2011 hat Ihnen gemeinsam scheinbar mehr Arbeit gemacht, als Sie erwartet haben. Und, werte SPD, an dieser Stelle aber gerade das Gespenst der FDP an die Wand zu malen,

(Gino Leonhard, FDP: Risiko FDP.)

erscheint mir doch ein wenig lächerlich.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das ist kein Gespenst, Sie sind real.
Sie sind ganz real mit Ihren Forderungen.)

Denn dass Ihre Umfragewerte und Wahlergebnisse in den letzten Wochen so drastisch in den Keller rauschen,

(Reinhard Dankert, SPD: Das macht ja nichts.)

das liegt zuallererst an Ihrer eigenen Politik,

(Reinhard Dankert, SPD: Ja.)

und erst danach – und das will ich ganz bescheiden sagen –

(Reinhard Dankert, SPD: Aber Ihre Gefahren
für den Landeshaushalt haben wir klargemacht.
Das hängt nicht von unserem Wahlergebnis ab.)

an der kontinuierlichen und seriösen Arbeit der Freien Demokraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Irene Müller, DIE LINKE: Wie schätzen
Sie denn unsere Ergebnisse ein?)

Eine Überschrift der Pressemitteilung des Finanzministeriums vom 07.07.2009 hat sich mir auch noch ins Gedächtnis gebrannt, und zwar „Solide trotz Krise“, so lautete sie.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie sind
am 28. nicht ein Abgeordneter mehr.)

Gestatten Sie uns, dass wir in Bezug auf die Solidität des Haushaltes eine andere Auffassung haben. Die Eckdaten lassen sich sehr schnell zusammenfassen: Verringerung des Haushaltsvolumens, keine Neuverschuldung, keine Tilgung, auch nicht die für 2009 geplante Tilgung von 150 Millionen Euro, und vollständiger Rücklagenverbrauch. Die gute Zeit der Tilgungen war leider nur ein Strohfeuer. Ist es wirklich solide, keine Vorsorge für zu erwartende Zahlungsforderungen zu leisten? Ist es solide, Rücklagen in nur zwei Jahren vollständig zu verbrauchen? Ist es solide, vor dem Hintergrund weiter sinkender Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen und dem weiteren Bevölkerungsrückgang die Tilgung auszusetzen und somit die Schuldenlast pro Einwohner weiter zu erhöhen? Ich bin der Meinung, nein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Gerade in Anbetracht der möglichen Anlastungen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz möchte ich aus der Novelle „Die Verurteilten“ von Stephen King zitieren:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Es ist gut, das Beste zu hoffen, aber man muss immer für das Schlechteste gewappnet sein.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Irene Müller, DIE LINKE: Das ist ein
Schriftsteller, der Gigantismus betreibt.)

Ihr Haushalt, werte Vertreter der Landesregierung, ist auf Hoffen und Bangen gebaut

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja billig.)

und Sie geben das dann auch noch unumwunden zu. Das allerdings rechnen wir Ihnen hoch an.

(Udo Pastörs, NPD: Stephen King,
das ist Ihre Lektüre!)

Das Haushaltsbegleitgesetz ist in diesem Jahr mit fünf Artikeln recht schlank gehalten.

(Udo Pastörs, NPD: Zitieren Sie King Kong!)

Die Änderung des Landwirtschaftssondervermögens in Artikel 3 beinhaltet die Zahlung von Anlastungen in Höhe von bis zu 3 Millionen Euro aus dem Sondervermögen. Dies erscheint aus Sicht des Vertrauensschutzes gegenüber dem Zahlungsempfänger sinnvoll. Zu klären bleibt, warum die Zahlungen rechtsgrundlos erfolgten. Grundsätzlich begrüßt meine Fraktion die im neuen Absatz 10 des Paragrafen 2 des Sondervermögensgesetzes getroffene Regelung für die Beseitigung devastierter Flächen, gerade vor dem touristischen Hintergrund. Eine mögliche Ausweitung auf private Dritte wäre hier allerdings zu bedenken.

Aus Artikel 4 erkennen wir, dass das Wasserentnahmeentgelt erhöht wird. Den Ansatz der Deregulierung und der auskömmlichen Finanzierung der pflichtigen Aufgaben aus der Wasserrahmenrichtlinie begrüßen wir. Von einer besseren Gewässergüte und Gewässerunterhaltung profitieren schließlich alle Bürger im Land.

Im Haushaltsgesetz erscheinen die neu aufzunehmenden Regelungen auf den ersten Blick sinnvoll. Mit dem Haushalt will die Landesregierung die Schwerpunkte ihrer zukünftigen politischen Arbeit setzen. Bei der Betrachtung der Haushaltsvolumina der Einzelpläne ist zu bemerken, dass der Bereich des Bildungsministeriums als ein Gewinner der Haushaltsplanung bezeichnet werden könnte. Grundsätzlich wird diese Entwicklung von uns begrüßt. Im Bereich des Bildungsministeriums bewerten wir es als positiv, dass die meisten Bereiche trotz Einsparzwang einen Aufwuchs erfahren und somit ein Versuch unternommen wird, das Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig zu gestalten.

Den richtigen Mittelansatz werden wir in den Haushaltsberatungen tiefgründiger erörtern. Wie im Vorfeld der Beratungen angekündigt, steigt der Ausgabenumfang im Sozialministerium in 2010 um 15 Millionen Euro. Der Mittelanstieg im Zusammenhang mit der Novellierung des Kindertagesfördergesetzes reicht jedoch längst nicht aus,

(Egbert Liskow, CDU: Sie wollten doch sparen.)

um die bekannten und von zahlreichen Fachleuten immer wieder vorgebrachten Probleme bei der Kindertagesbetreuung zu lösen. Kritisch betrachten wir aber die andauernde Entwicklung im Bereich des Wirtschaftsministeriums: seit Jahren fallende Zahlen, sowohl absolut, als auch relativ zum Gesamthaushalt. Wirtschaft erhält anscheinend immer weniger Bedeutung in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Bereich des Innenministeriums bleibt es zu prüfen, inwieweit eine Präsenz der Polizei in der Fläche mit den gewählten Haushaltsansätzen leistbar ist.

(Egbert Liskow, CDU: Sparen wollten Sie. –
Toralf Schnur, FDP: Hör doch mal zu!)

Meine Fraktion wird sich in den Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass auch zukünftig eine angemessene Präsenz der Polizei in der sogenannten Fläche gewährleistet ist. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung des Datenschutzes werden wir in den Ausschusssitzungen ebenfalls zu erörtern haben, ob die Ausstattung des Landesdatenschutzbeauftragten auch im Hinblick auf das Personal angemessen ist.

Gerade vor dem Hintergrund prognostizierter zunehmender Starkereignisse wird sich meine Fraktion im Agrarbereich mit der Verteilung der Mittel für den Küstenschutz befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ebenso wird uns die kürzlich aufgeworfene Diskussion zur Zusammenlegung der Ämter für Landwirtschaft in den Ausschussberatungen begleiten.

Und, Frau Polzin, es geht nicht darum, mehr Geld auszugeben. Es geht einfach darum, Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Michael Roolf, FDP: Jawohl.)

Ich komme nun wieder auf den Gesamtplan zurück. Da gibt es mal wieder die üblichen Verdächtigen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen in den nächsten beiden Jahren trotz Personalabbaus weiter an.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ein Phänomen.)

Apropos Kernpersonal, die Landesregierung feiert sich, dass so viele Stellen in der Kernverwaltung abgebaut werden. Sie übergeht in diesem Punkt aber geflissentlich, dass ein Großteil der abgebauten Kernstellen, in der Summe 392, in den disponiblen Überhang übertragen werden. Ein Punkt, den meine Fraktion in diesem Bereich, in den Beratungen verfolgen wird, ist das Thema Leerstellen, und zwar „Leer-“ mit zwei „e“.

(Toralf Schnur, FDP: Das war ein Witz.)

Sehr geehrte Vertreter der Landesregierung, liebe Kollegen der Koalitionsfraktionen, die von Ihnen in der Haushaltsplanung selbst festgelegten finanzpolitischen Zielstellungen bis 2011 sehen wir in diesem Haushaltsentwurf nicht umgesetzt. Ebenso wird der Haushalt der bestehenden demografischen Entwicklung nicht gerecht. Daran ändert auch die viel zu späte Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“, die bis 2010 ein Gesamtkonzept erstellen soll, nichts.

Abschließend komme ich auf den Anfang meiner Rede und die Aussage des Finanzministeriums „Solide durch die Krise“ zurück. Dieser Spruch mag nach jeweiliger Auffassung vielleicht für das Land, aber bei Weitem nicht für die Kommunen gelten. Ziel des Gesetzes zur Neugestaltung des Finanzausgleiches war es doch, weiterhin ein sowohl zwischen Land und Kommunen als auch zwischen den einzelnen Kommunen fairen, aufgabengerechten, klaren und schlüssigen kommunalen Finanzausgleich zu schaffen. Dieser Finanzausgleich ist weder fair, noch aufgabengerecht, noch transparent und schon gar nicht schlüssig. Er ist lediglich eins, er ist klar, denn er sagt den Kommunen, ihr habt vom Land nichts mehr zu erwarten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dieser Finanzausgleich sagt den Landkreisen und Gemeinden in unserem Land, baut eure Leistung ab, verkauft euer Tafelsilber, falls ihr noch welches habt, und nehmt Kredite in Kauf. Wir als Land werden euch in dieser Krise nicht unterstützen.

Im Namen der Bürger dieses Landes, die bei ihren täglichen Sorgen und Nöten viel mehr auf die Kommunen des Landes als auf die Landesregierung angewiesen sind, muss ich Ihnen sagen, mit diesem Gesetz haben Sie Ihr Ziel nicht erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich will es kurz deutlich machen. Bei Beibehaltung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes führt das dazu, dass der kommunalen Ebene durch den neuen kommunalen Finanzausgleich, es wurde auch schon gesagt, 168,5 Millionen Euro an Landeszuweisungen sowie circa 20 Millionen Euro an eigenen Steuereinnahmen, also insgesamt circa 188,5 Millionen Euro verloren gehen. Sie als Landesregierung lassen damit die Kommunen im Regen stehen. Die gestrige Anhörung im Innenausschuss zu dem Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes hat dies mehr als deutlich gemacht. Die kommunale Ebene ist nicht in der Lage, durch eigenständige Gesetzesänderungen auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Sie ist auf Gedeih und Verderb der Landesebene ausgeliefert. Spätestens 2011, wenn die Auswirkungen der Krise aufgrund der steuerlichen Verrechnungen richtig durchschlagen

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

und die Ansätze des neuen FAG gelten, wird für viele Kommunen das sprichwörtliche Licht ausgehen.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist ja auch beabsichtigt.)

Meine Fraktion sieht mit dem Gesetzentwurf die kommunale Selbstverwaltung für viele Kommunen gefährdet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Daran kann auch keine noch so gründlich geplante Verteilungsregelung etwas ändern. Es sind Lösungen gefragt, die zu einer Verstetigung der kommunalen Einnahmen führen.

(Rudolf Borchert, SPD: Lösungsvorschlag der FDP sind Steuersenkungen.)

Ich komme auf das Thema kommunale Investitionen zu sprechen. Zurzeit suchen die Kommunen ihr letztes Geld zusammen, um das Konjunkturpaket II nutzen zu können. Fragen muss man sich hier, woher die Kommunen nach Beendigung der Programme ihre Investitionen zahlen sollen. Nur aus Krediten, die das Land für sich ablehnt? Treibt der Verzicht auf neue Schulden beim Land die Kommunen in eine neue Schuldenfalle? Meine Damen und Herren, hierzu wäre noch einiges zu sagen, aber wir diskutieren in der heutigen Debatte ja nicht das FAG.

(Heinz Müller, SPD: Das kriegen wir noch.)

Ich kann also nur hoffen, dass die Koalitionsfraktionen bereit sind, in den folgenden Ausschussberatungen offen und …

(Heinz Müller, SPD: Sie beantragen doch gerade, dass es die nicht geben soll.)

Nein, wir werden uns

(Heinz Müller, SPD: Was denn nun?)

an den Ausschussberatungen beteiligen. Und wir wollen auch …

(Heinz Müller, SPD: Sie beantragen gerade, dass die nicht stattfinden.)

Nein, das stimmt nicht. Da haben Sie nicht zugehört.

(Heinz Müller, SPD: Nee, ich sehe Ihren Antrag. Der liegt mir schriftlich vor, Frau Reese.)

Da verwechseln Sie uns mit Ihren Kollegen auf der anderen Seite. Vielleicht können Sie rechts und links nicht mehr unterscheiden.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Damit möchte ich dann jetzt zum Schluss kommen und hoffe, dass wir in den Ausschussberatungen offen und transparent diskutieren und Sie die Kraft haben,

(Rudolf Borchert, SPD: Selbstverständlich.)

Dinge noch zu ändern. –

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich danke Ihnen.

(Marc Reinhardt, CDU: Richtig stark.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Reese.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/2699 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Agrarausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Verkehrsausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der SPD, der CDU und der FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/2700 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Agrarausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Verkehrsausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der SPD, der CDU und der FDP, aber Ablehnung der Fraktion der NPD angenommen.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 5/2698 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Europa- und Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Agrarausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Verkehrsausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der SPD, der CDU und der FDP sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/2780 ein Antrag zum Thema „Parteipolitische Neutralität der Landesregierung im Bundestagswahlkampf“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht?

(Udo Pastörs, NPD: Ja.
Reinhard Dankert, SPD: Nein. –
Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Falsches Knöpfchen. Jetzt haben Sie es gefunden, schön.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt ein Schreiben des polnischen Stadtpräsidenten von Stettin, also jener Stadt, die nach Völkerrecht noch deutsch ist, vor.

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs, es sind hier wieder von Ihnen völkerrechtswidrig ...

(allgemeine Unruhe –
Peter Ritter, DIE LINKE: Die Begründung
hat sich erledigt, Herr Pastörs.)

Udo Pastörs, NPD (zur Geschäftsordnung): Völkerrechtswidrig? Ich kann doch hier freie Rede …

(Irene Müller, DIE LINKE: Das war der dritte.)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Pastörs, Sie haben bereits zwei Ordnungsrufe.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Man darf
keine unterschiedlichen Meinungen haben.)

Ich erteile Ihnen einen weiteren Ordnungsruf und entziehe Ihnen damit das Wort.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Abflug,
Freund Blase! – Udo Pastörs, NPD:
Ja, so funktioniert Ihre Demokratie. Ab
nach Stettin! – Reinhard Dankert, SPD:
So, wie Sie sich das vorstellen, funktioniert es
ja eben nicht. – Raimund Frank Borrmann, NPD:
Dann werde ich die Begründung vornehmen. –
Vizepräsident Hans Kreher spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ja, das übernehme ich. –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Noch ein Versuch.)

Raimund Frank Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung): In wenigen Tagen ist der Bundestagswahlkampf zu Ende.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach!)

In wenigen Tagen wird der Wettbewerb der Parteien beendet sein. Es ist daher dringend geboten ...

(Vizepräsident Hans Kreher spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Ja, ja, mache ich ...

(Udo Pastörs, NPD: Nun lassen Sie ihn
doch mal ausreden, Mensch! Das gibt’s
doch nicht hier! – tumultartige Unruhe –
Zurufe aus dem Plenum: Raus! Raus!)

Dürfte ich bitte meine, dürfte ich die Replik bitte fortsetzen, Herr …

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
Vizepräsident Hans Kreher spricht
bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Egbert Liskow, CDU, und
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Mikro! Mikro!)

Ich möchte ja nur die Dringlichkeit begründen.

Der Bundestagswahlkampf ist in wenigen Tagen zu Ende. Es soll ein Wettbewerb, ein gleichwertiger Wettbewerb von den zur Wahl antretenden Parteien herrschen. Und es ist sicher ein polemischer Wahlkampf, das geben wir auch zu,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

aber es kann nicht angehen, dass auf Weisung des Innenministeriums und der nachgeordneten Behörden Wahlinformationen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sagen Sie mal
bitte was zur Dringlichkeit, Herr Borrmann!)

Wahlplakate abgehangen werden. Das ist unzulässig. Wir fordern, dass es dringend geboten ist, dass die Landesregierung sich aus diesem Bundestagswahlkampf heraushält und ihre parteipolitische Neutralität durchsetzt und sich zurückhält.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Das ist wichtig, denn es kann nicht angehen, dass Meinungen unterdrückt werden, wenn sie keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dafür
können wir sorgen, Herr Borrmann.)

Staatsanwaltschaftlich ist das geprüft worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wenn das Ihre einzige Sorge ist.)

Es gibt hier keine Anzeigen beziehungsweise es gibt keine strafrechtliche Relevanz.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Anzeige gab’s schon.)

Deshalb ist das vielleicht eine polemische Meinung, die wir dort vertreten auf diesen Wahlinformationen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ob Sie
mal die Dringlichkeit begründen?!)

aber es ist wichtig, dass auch diese Meinungen der Bevölkerung kundgetan werden. Und die Bevölkerung soll dann in der Bundestagswahl selbst entscheiden, für welche Partei sie sich entscheidet. Der Bürger ist mündig genug.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hallo!)

Wir leben ja in einer Demokratie und da kann das Volk selbst entscheiden und bedarf keiner Zensur durch eine Landesregierung, welche Plakate aufgehängt werden können und welche nicht und welche abgehängt werden. Deshalb ist diese Sache dringend, ist es dringend geboten, darüber zu verhandeln und darüber zu sprechen. Wenn Sie eine andere Auffassung haben, dann legen Sie die bitte dar. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich jetzt dem Abgeordneten Heinz Müller zur Gegenrede das Wort erteile, werde ich gemäß Paragraf 99 unserer Geschäftsordnung Absatz 1 Herrn Udo Pastörs des Saales verweisen. Bitte schön.

(Stefan Köster, NPD:
Oh, oh, oh, ist die Frau unfähig!)

Herr Köster, ich erteile Ihnen einen weiteren Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein weiterer Verstoß in Bezug auf unsere Geschäftsordnung in dieser Form dann eine Wortentziehung nach sich zieht.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Herr Köster, ich erteile Ihnen den dritten Ordnungsruf und verweise Sie des Saales. Bitte verlassen Sie beide den Raum.

(Stefan Köster, NPD: Am besten,
wir gehen alle zusammen.)

Das Wort ...

(allgemeine Unruhe –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, nun
geht und haltet den Betrieb nicht auf! –
Jörg Heydorn, SPD: Zack, zack! Schneller!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass unabhängig davon, ob die Entscheidung des Präsidiums hier vorne gut- oder schlechtgeheißen wird, bitte keine Kommentare dazu abzugeben sind.

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Herrn Heinz Müller das Wort zur Gegenrede.

Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in einem scharf und engagiert geführten Wahlkampf gibt es eine klare Grenze zwischen Plakaten, mit denen man sicherlich pointiert die eigene parteipolitische Linie der Bevölkerung anbietet, und Plakaten, die den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Diese Grenze gibt es.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Michael Andrejewski, NPD: Das tun
sie nicht, das tun sie nicht.)

Und Plakate mit dem Inhalt, polnische Bürger,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das tun sie aber nicht.)

die es bei uns im Uecker-Randow-Kreis gibt, mit Invasoren gleichzusetzen, sind Volksverhetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und wenn der Landkreis Uecker-Randow in Abstimmung mit dem Innenministerium solche Plakate abnehmen lässt, dann setzt er ein Stück Rechtsstaat durch und greift keineswegs unerlaubt in Wahlkämpfe ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und dass dieses Durchsetzen eines Stückes Rechtsstaat unter Polizeischutz geschehen musste,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wirft ein bezeichnendes Bild auf diejenigen, die diese Plakate aufgehängt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und ich sage hier in aller Klarheit: Wir, die Demokraten dieses Hauses, sind sehr stolz auf die Schülerinnen und Schüler des Deutsch-Polnischen Gymnasiums in Löcknitz, die mit selbst gemalten und gefertigten Transparenten und Plakaten, vor allem aber mit sehr viel Fantasie und mit sehr viel Zivilcourage gegen diese Plakate protestiert haben und dieses in die öffentliche Diskussion gebracht haben. Auf solche Schüler sind wir sehr stolz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und wir stehen uneingeschränkt zum Landrat und zum Landkreis Uecker-Randow, wenn er hier Recht durchsetzt. Dazu stehen wir.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und wir, die Demokraten in diesem Hause, bedanken uns bei den Polizeibeamten, die diese Aktion schützen mussten und geschützt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist kein Recht, das ist Tyrannei.)

Und last, not least: Wir unterstützen den Innenminister, wenn er hier unterstützend und beratend für kommunale Behörden tätig wird.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist eine vernünftige und eine gute Wahrnehmung der Aufgaben eines Innenministers. Dafür hat er unsere Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Dringlich, meine Damen und Herren, ist nicht dieser Antrag, dringlich ist, dass Volksverhetzung aus unserem Straßenraum verschwindet, und zwar gründlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/2780 zu? –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch so viele, ja?)

Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung gemäß unserer Geschäftsordnung abgelehnt.

Kann ich ... Nein, dann ist das erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE und der FDP liegt Ihnen nunmehr auf Drucksache 5/2799(neu) ein Antrag zum Thema „FAG grundlegend überarbeiten“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Bitte schön, Frau Abgeordnete Měšťan.

Gabriele Měšťan, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass die Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes auch im Interesse der Kommunen unseres Landes bereits zum 1. Januar 2010 in Kraft treten soll, setzt die notwendigen Beratungen hier im Landtag unter massiven Zeitdruck. Die Behandlung des vorliegenden Antrags ist deshalb mehr als dringend.

Nach der Ersten Lesung des Finanzausgleichsgesetzes am 16.07. wurde der Gesetzentwurf vom Landtag in den federführenden Innenausschuss überwiesen und noch am 16.07. wurde die Anhörung in diesem Ausschuss vorbereitet. Unmittelbar nach Beendigung der Sommerpause, nämlich gestern, fand eine öffentliche Anhörung zum Entwurf des FAG statt.

Die parteiübergreifend unstrittigen Ergebnisse der gestrigen fast vierstündigen Anhörung und die zahlreichen zusätzlich vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen erfordern ein unverzügliches Agieren des Landtages. Alles andere hätte möglicherweise fatale Konsequenzen, einerseits für ein geordnetes parlamentarisches Verfahren, aber andererseits vor allem für die Kommunen des Landes.

Und drittens ergibt sich schließlich die Dringlichkeit für die Fraktionen DIE LINKE und FDP aus dem Gegenstand selbst. Die gestrige Anhörung hat neben vielen Einzelproblemen und Detailfragen eines unüberhörbar und einstimmig gezeigt: Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf verfehlt das zentrale Ziel der Neugestaltung des Finanzausgleichs, nämlich den Städten und Gemeinden eine aufgabengerechte, angemessene Finanzausstattung zu gewähren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP)

Dieser grundsätzliche Mangel in einem derart komplexen Regelungswerk kann in einem normalen parlamentarischen Verfahren nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit ausgeräumt werden. Hierbei ist die Landesregierung in besonderer Weise gefragt. Sie hat Verantwortung, sofort nachzubessern, und zwar grundlegend. Diese Auftragserteilung duldet keinen Aufschub und deshalb ist sie dringend.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Die Präsidentin spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das kriegen wir doch so hin. Geh mal hin, du hast das Wort.)

Wolf-Dieter Ringguth, CDU (zur Geschäftsordnung): In der Hoffnung, dass dann dieses Mikrofon funktioniert ...

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der LINKEN und der FDP verfolgt nur ein Ziel: in schwerer Zeit ein wichtiges Reformvorhaben zu verschleppen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das ist ja wohl nicht wahr!)

Wir werden deshalb diese Dringlichkeit ablehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Und das als Kommunaler!)

Und zum Inhalt, Herr Ritter:

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Erklären
Sie das mal Ihren Bürgermeistern!)

Wir haben seit heute Morgen ja zwei verschiedene Dringlichkeitsanträge zum selben Thema vorliegen. Legt man beide nebeneinander, wird doch ein sehr seltsames parlamentarisches Verständnis klar.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das kann man wohl sagen.)

Offensichtlich ist den Antragstellern mittlerweile klar geworden, dass ein Verstoß gegen Paragraf 42 GO des Landtages gar nicht vorliegt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Reden Sie doch bitte zu diesem Antrag!)

Und man hat deswegen diesen Dringlichkeitsantrag um 50 Prozent reduziert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Über den
reden wir jetzt, über den reden wir jetzt.)

Aber, meine Damen und Herren, die Frage werden Sie sich stellen lassen müssen: Wie gehen Sie überhaupt mit dem Innenausschuss und mit den Mitgliedern des Finanzausschusses, mit Parlamentariern hier in diesem Landtag um?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie
gehen Sie mit den Kommunen um?!
Das sollten Sie sich mal fragen! Gucken
Sie sich das mal an! – Zurufe von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Ganz unaufgeregt, Herr Ritter, unaufgeregt bleibt Folgendes, Herr Ritter, festzustellen: Wir befinden uns schlicht und einfach in der Phase zwischen Erster und Zweiter Lesung.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Frau Měšťan hat völlig richtig gesagt, die Erste Lesung fand am 16.07. statt. Und für diesen parlamentarischen Ablauf ist es normal, und zwar geboten und verfassungsrechtlich geboten, dass es eine Anhörung gibt. Diese Anhörung hat gestern stattgefunden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und für die Koalitionäre, Herr Ritter, nehme ich ganz ausdrücklich in Anspruch,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht einer
hat Zustimmung signalisiert, nicht einer!)

dass wir die Sorgen der Oberbürgermeister, Bürgermeister, der Landräte und der Vertreter in den verschiedenen Körperschaften der kommunalen Ebene sehr ernst nehmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die den Entwurf alle abgelehnt haben.
Die den Entwurf alle abgelehnt haben.)

Das nehme ich für uns in Anspruch.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, wir werden das tun, was man nach einer Anhörung tut und was Frau Reese ja auch schon gefordert hat, nämlich wir werden genau diese Anhörung in den Ausschüssen auswerten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hat man
im Finanzausschuss gestern schon gemerkt.)

Meine Damen und Herren ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Sie
nämlich alle Gutachten abgelehnt haben. –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat Herr Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU (zur Geschäftsordnung): Ich weise darauf hin, Herr Ritter, dass gestern in der Anhörung auf Ihre einschlägige Frage beide Vertreter der Kommunalverbände, nämlich Herr Deiters und Herr Schröder, Ihnen geantwortet haben, und sie haben Folgendes gesagt: Wir brauchen die Reform

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wir brauchen eine Reform, nicht diese.)

und wir brauchen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Eine Reform, nicht diese. –
Irene Müller, DIE LINKE:
Nicht diese.)

Wir brauchen eine Reform und wir brauchen sie jetzt, Herr Ritter. Jetzt.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das habe ich eben begründet.)

So.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das hat Frau Měšťan eben begründet.)

Und für alle muss noch einmal gesagt sein, wir brauchen sie auch deshalb jetzt, weil zum Beispiel die Regelung zum Steuerkraftausgleich, das sind die 21 Millionen, die brauchen wir jetzt, die duldet keinen Aufschub,

(Irene Müller, DIE LINKE: Aber nicht diese.)

weil es hier bereits jetzt darum geht, der Landesverfassung Genüge zu tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist schon
die dreifache Runde, die Sie hier drehen.)

Und das haben wir gemeinsam zu machen. Sie wissen auch genau, Herr Ritter, dass das Landesverfassungsgericht festgestellt hat, dass das Recht der Kommunen auf Mindestfinanzausstattung eben nur in den Grenzen der Leistungsfähigkeit des Landes besteht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Sie schränken
das Recht weiter ein, Herr Ringguth,
wenn Sie dieses Gesetz beschließen.)

Darüber haben wir uns miteinander auszutauschen.

Eines bleibt aber abschließend zu sagen, meine Damen und Herren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wollen wir jetzt hier eine inhaltliche Debatte machen? Das können wir gerne machen.)

mit der Finanzministerin sagen wir Ihnen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist das hier zur Dringlichkeit oder ist das hier eine Debatte, oder was ist das? Hallo! – Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

wer in dieser Phase der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland seit 80 Jahren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist eine inhaltliche Debatte und keine Dringlichkeit.)

ein Reformgesetz versucht zu verschleppen, der setzt die falschen Signale, Herr Ritter. Wir setzen die richtigen Signale. Wir werden die Dringlichkeit ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Kann ich das bitte schriftlich haben?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren – herzlichen Dank, Herr Ringguth –, wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der FDP, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Sitzung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, 23. September, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12.15 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Andreas Bluhm, Matthias Lietz, Mathias Löttge, Tino Müller, Sebastian Ratjen, Ute Schildt, Karin Strenz und Dr. Fritz Tack.

.